

Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 57, Dezember 2009



Aus dem Inhalt:

Staatsminister Dr. Heubisch spricht Grußwort auf dem 79. Deutschen Archivtag in Regensburg (S. 4 u. 10)

Staatsminister Schneider eröffnet Ausstellung „Städte im Aufbruch“ (S. 5 u. 38)

Registratorentreffen in Schwaben und in Oberfranken (S. 15 u. 16)

Treffen der schwäbischen und der unterfränkischen Archivpfleger (S. 17 u. 18)

Bayerische Präsentation beim Nationalen Aktionstag Bestandserhaltung (S. 34)

Lehrerfortbildung zu Quellen zur Zeitgeschichte (S. 36)

Ausstellung „Goldener Löwe und weißblaue Rauten“ (S. 39)

Inhalt

Aktuelles

- Staatsminister Dr. Heubisch spricht Grußwort zur Eröffnung des 79. Deutschen Archivtages in Regensburg..... 4
- Staatsminister Schneider eröffnet Ausstellung „Städte im Aufbruch“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv..... 5
- Pressekonferenzen zum Erhalt von Archivgut 7

Veranstaltungen

- Das Staatsarchiv Würzburg als Programmpunkt der „langen Residenznacht“ 7

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv gibt über 5100 schwäbische Urkunden aus dem 14. bis 18. Jahrhundert an das Staatsarchiv Augsburg ab 8

Tagungen

79. Deutscher Archivtag in Regensburg befasst sich mit Archiven im digitalen Zeitalter 10
- EDV-Tage Theuern 2009..... 13
- Quellengespräche und Vorträge zur Ortsgeschichte. 4. Tag der Heimatforschung im Staatsarchiv Amberg.. 13
- Summerschool „Juden im Heiligen Römischen Reich und seinen Nachfolgestaaten“ – Quellen zur jüdischen Geschichte Frankens im Staatsarchiv Nürnberg 14

Schriftgutverwaltung

- Schwäbische Registratoren zu Gast im Landratsamt Unterallgäu 15
- Fortbildung für die Registratoren der Landratsämter im Staatsarchiv Bamberg..... 16
- Aufbewahrungsfristenverzeichnis zum Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter 17

Archivpflege

- Treffen der schwäbischen Archivpfleger im Staatsarchiv Augsburg.... 17
- Unterfränkische Archivpflegertagung im Staatsarchiv Würzburg..... 18

Projekte

- NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut aus staatlichem Archivbesitz auf „Lostart“ 19

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

- Neuaufbau der Pfalz-Neuburger Bestände im Bayerischen Hauptstaatsarchiv – ein Arbeitsbericht..... 19
- Repertorien zu Salzburger Urkundenbeständen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs 20
- Grenzfälle und Grenzgänger – Die Akten der Bayerischen Staatskanzlei zu DDR-Angelegenheiten..... 21
- Neue Findbücher zur bayerischen Wirtschaftsgeschichte 21

Vom Wandel der bayerischen Landwirtschaft in drei Jahrzehnten – Aktenabgabe des Landwirtschaftsministeriums formiert und verzeichnet 22

Quellen zur Geschichte der Nationalparks in Bayern 23

Verzeichnung der Offizierspersonalakten im Kriegsarchiv durch Praktikanten – ein Werkstattbericht 24

Akten der Oberkommandos und Generalkommandos der bayerischen Armee im Ersten Weltkrieg in der Abteilung IV Kriegsarchiv: Ihre Einzelverzeichnung und Erfassung in der Datenbank 24

Neuverzeichnete Nachlässe in der Abt. V..... 25

Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv 26

Staatsarchiv Bamberg

Bestand Fränkischer Kreis im Staatsarchiv Bamberg neu geordnet 28

Neuaufbau der Bestände der bayerischen Bauverwaltung im Staatsarchiv Bamberg abgeschlossen 30

Staatsarchiv Nürnberg

Neu bearbeitetes Findbuch im Staatsarchiv Nürnberg: Fürstentum Brandenburg-Ansbach – Geheimes Archiv, Herrschaftliche Bücher 31

Archiv der Fürsten Wrede verzeichnet..... 32

Archiv der Freiherren von Süßkind, Schloss Dennenlohe, abschließend verzeichnet 32

Bestandserhaltung

Stark geschädigter Plan aus der Überlieferung der Saline Reichenhall restauriert 33

Bayerische Präsentation beim Nationalen Aktionstag Bestandserhaltung.... 34

Fortbildung

Brandschutzübung im Staatsarchiv Augsburg..... 35

Archivpädagogik

Lehrerfortbildung zu Quellen zur Zeitgeschichte in der Generaldirektion .. 36

Bad Aibling, Traunstein, Vaterstetten: Das Denkwerk-Projekt geht in die nächste Runde 37

Ausstellungen

Deutsche und russische Stadtgeschichte: Die Ausstellung „Städte im Aufbruch. München und Moskau 1812–1914“ 38

Ausstellung „Goldener Löwe und weißblaue Rauten. 60 Jahre Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V.“ 39

Ausstellung „Wappen – Bilder einer politischen Landschaft“ im Staatsarchiv Coburg..... 40

Internet-Auftritt

Das virtuelle Urkundenarchiv Bayerns wächst: Neue Urkundenbestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Staatsarchivs Würzburg im Internet..... 41

Neue Veröffentlichungen 42

Mitarbeiter 43

Impressum 43

Liebe Leserinnen und Leser,

*die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Generaldirektion der
Staatlichen Archive Bayerns, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs
und der Staatsarchive danken für Ihr Interesse und wünschen Ihnen
ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches
und erfolgreiches Jahr 2010.*

Dr. Margit Ksoll-Marcon

Leiterin der Generaldirektion

Aktuelles

Staatsminister Dr. Heubisch spricht Grußwort zur Eröffnung des 79. Deutschen Archivtages in Regensburg

Vom 22. bis 25. September 2009 trafen sich über 800 Archivarinnen und Archivare aus dem In- und Ausland auf dem 79. Deutschen Archivtag in Regensburg, der sich dem Thema „Archive im digitalen Zeitalter“ widmete.



Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch und Oberbürgermeister der Stadt Regensburg Hans Schaidinger (Foto: VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Fulda)

An der Eröffnungsveranstaltung am 22. September 2009 im Auditorium Maximum der Universität Regensburg nahm auch Staatsminister Dr. Heubisch teil.

Professor Dr. Robert Kretschmar, Vorsitzender des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA), umriss in seiner Begrüßungsansprache einleitend das Tagungsthema, bevor er als wichtigstes archivistisches Ereignis des zurückliegenden Jahres den Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln am 3. März 2009 ansprach. Er sicherte dem Historischen Archiv die Solidarität des VdA und eine fortdauernde Unterstützung zu, bevor er sich bei denen bedankte, die den Archivtag möglich gemacht haben, und die Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft begrüßte.

Hans Schaidinger, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, ging in seiner Begrüßungsrede auf die Geschichte des Archivs der Reichsstadt Regensburg seit dem Jahr 1388 ein.

Der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, überbrachte

die Grüße der bayerischen Staatsregierung. Ein Besuch der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und damit verbunden der Magazine des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Staatsarchivs München habe ihm vor Augen geführt, welche Anstrengungen erforderlich seien, um das Archivgut auch für die Nachwelt zu bewahren. In der bayerischen Verwaltung werde seit dem eGovernment-Konzept von 2002 von einer Bearbeitung auf Papier auf die digitale Bearbeitung umgestellt. Inzwischen arbeiteten in Bayern neun staatliche Behörden mit 5.200 Anwendern mit dem Dokumentenmanagementsystem ELDO-RA. Das dauerhafte Erhalten der Überlieferung der Archive sei die große Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Erforderlich sei ein koordiniertes nationales Bestandserhaltungskonzept.

Dr. Anna Pia Maissen, Präsidentin des Vereins Schweizerischer Archivarinnen und Archivare, erinnerte als Vertreterin der ausländischen Archivtagsgäste in ihrem Grußwort an die Verbindung zwischen Zürich und Regensburg, beginnend mit der gemeinsamen Mitgliedschaft im Rheinischen Städtebund im Jahr 1254, und schloss mit den Worten: „Archivieren macht glücklich!“

Als Vertreter des International Council of Archives (ICA) lud Dr. Fred J.W. van Kan (Arnhem/Niederlande) zur Tagung des ICA im April 2010 in Genf ein, die ebenfalls die digitalen Archive zum Thema habe.

Dr. Peter Haber (Universität Basel) hatte für seinen Eröffnungsvortrag das Thema „digital.past – Geschichtswissenschaft im digitalen Zeitalter“ gewählt. Er schickte voraus, dass die Geschichtswissenschaft 2009 im digitalen Zeitalter angekommen sei – ein Brief auf Papier gehöre zum gern gesehenen Ausnahmefall. Stark vereinfacht habe die Entwicklung bereits am 2. September 1969 mit der Schaffung des Internet begonnen. An der Universität Basel stünden der Geschichtswissenschaft aber erst seit 1999 in verstärktem Maß die neuen Medien zur Verfügung mit Browser und E-Mail-Adresse. In den Jahren nach 2000 sei zunehmend von der Möglichkeit Gebrauch gemacht worden, eigene Arbeiten im Internet zu präsentieren. Es sei dadurch im Netz verfügbar, was vorher informell war. Clio habe sich als Fachportal für Geschichtswissenschaft etabliert. Seit 2004 gebe es Web 2.0, das interaktive Netz als soziale Plattform, das allerdings bei Historikern noch nicht angekommen sei.



Prof. Dr. Robert Kretzschmar, Vorsitzender des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) bei seiner Eröffnungsrede (Foto: VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Fulda)

Sehr intensiv werde das Netz inzwischen bei der Recherche nach der schwer überschaubaren Literatur genutzt. Bei der Auswertung digitaler Daten sei aber Quellenkritik ebenso erforderlich wie bei der bisherigen Auswertung. Im Veröffentlichungsbereich träten inzwischen neben gedruckte Monografien auch Open-Access-Publikationen. Nicht überraschend sei, dass die Verlage der Entwicklung entgegenwirkten, auch durch das Angebot eines guten Lektorats und Marketings. Der deutlichste Wandel sei auf dem Gebiet der Rezensionen feststellbar: Das Rezensionswesen werde durch das Netz deutlich beschleunigt, außerdem seien ausführlichere Rezensionen möglich als in gedruckten Zeitschriften. Infolgedessen bauten Fachzeitschriften zunehmend ihren Rezensionsteil ab. Als Themenfelder der Zukunft benannte Dr. Haber folgende Bereiche:

- Historiker müssten sich (wie andere Berufsgruppen auch) permanent weiterbilden, um die Informationskompetenz zu behalten.
- Zu schaffen sei eine Quellenkritik des Digitalen, eine „Hilfswissenschaft des Digitalen“.
- Geschichtswissenschaft sei primär Textwissenschaft; die Visualisierung, das Nutzen multimedialer Medien gewinne aber an Bedeu-

tung, und man erreiche damit ein breiteres Publikum.

- An die Stelle mono-aktorialen Schreibens durch einen Autor trete das Schreiben im Team, die „Collaboratory“.
- Durch Open Access und WebLogs werde eine neue Publikationskultur entstehen.
- Es werde auch in der Geschichtswissenschaft zunehmend „digitale Schreibtische“ geben, allerdings unter Beibehaltung analoger Technik. Eine der Zukunftsaufgaben sei daher die Entwicklung digitaler Arbeitsmittel.

An die Eröffnungsreden schloss sich ein Stehempfang des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst für die Kongressteilnehmer, Messeaussteller und Gäste an. Von der Möglichkeit des Knüpfens neuer und Pflegens bestehender Kontakte und des Informationsaustausches wurde reger Gebrauch gemacht.

Christian Kruse

Staatsminister Schneider eröffnet Ausstellung „Städte im Aufbruch“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Anlässlich der Moskauer Wirtschaftstage in München hat die Bayerische Staatskanzlei nun schon zum dritten Mal eine Ausstellung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv initiiert und finanziert. Die vorausgegangenen Ausstellungen galten dem 200. Geburtstag des Dichters und Diplomaten Fjodor Iwanowitsch Tjutschew (2003) und der „Russischen Avantgardekunst zwischen 1918 und 1930“ (2006).



Staatsminister Siegfried Schneider

In diesem Jahr wurde unter dem Titel „Städte im Aufbruch. München und Moskau 1812–1914“ die Entwicklung beider Städte im 19. und frühen 20.

Jahrhundert miteinander verglichen. Moskau entwickelte sich in diesem Zeitraum zu einer Metropole, München zu einer Großstadt mit überregionaler Bedeutung. Die Entwicklung beider Städte, die in vielen Bereichen parallel verlief, zeigt zugleich paradigmatisch die Entwicklung der meisten Großstädte Europas und Nordamerikas (s. unten S. 38).

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 6. Oktober 2009 konnte die Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Margit Ksoll-Marcon, rund 200 Gäste begrüßen, darunter Staatsminister Schneider, Vertreter der Städte Moskau und München, Angehörige des konsularischen Korps und führende Vertreter bayerischer Behörden und Gerichte.



Dr. Margit Ksoll-Marcon, Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Der Erste Vizebürgermeister der Stadt Moskau, Jurij Rosljak, betonte in seinem Grußwort die seit zwanzig Jahren bestehende Zusammenarbeit zwischen Moskau und Bayern, bei der neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch die kulturelle von herausragender Bedeutung sei. Er dankte für die gute Kooperation zwischen dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv, dem Stadtarchiv München und dem Museum für die Geschichte Moskaus.

Rosljak nutzte die Gelegenheit, um Tatjana Lukina, die Präsidentin des Vereins MIR – Zentrum russischer Kultur in München, mit dem Großen Preis der Stadt Moskau auszuzeichnen. Frau Lukina überreichte Dr. Galina Vedernikova, Direktorin des Museums für die Geschichte Moskaus, für deren Museum zwei Druckwerke aus dem 19. Jahrhundert über die Moskauer Geschichte, die bei emigrierten Russen die Zeiten überdauert haben

und nun die Moskauer Sammlungen ergänzen können.



Anna Popova, Komitee für Kultur der Stadt Moskau, Dr. Galina Vedernikova, Direktorin des Museums für die Geschichte Moskaus, Elena Kuhlen, Dolmetscherin

Stadtrat Dr. Reinhard Bauer, der Oberbürgermeister Christian Ude vertrat, verwies in seinem Grußwort darauf, dass der Stadtteil Maxvorstadt, in dem das Bayerische Hauptstaatsarchiv liege, im 19. Jahrhundert entstanden sei. Einerseits hätten viele Russen, darunter Tjutschew, in diesem Stadtteil gelebt, andererseits erinnere der Obelisk am Karolinenplatz an Zeiten militärischer Gegnerschaft, an die Teilnahme Bayerns auf Seiten Frankreichs am Russlandfeldzug 1812. Inzwischen gehöre Russisch zu den Sprachen, die in München am meisten gesprochen würden.

Der Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Siegfried Schneider, schilderte in seiner Eröffnungsansprache die Ausgangslage beider Städte im Jahr 1812, die gegensätzlicher kaum hätte sein können: Dem zu zwei Dritteln zerstörten Moskau stand das intakte München gegenüber. Er hob nach einem Dank an die Ausstellungsmacher den engen Kontakt zur Stadt Moskau seit den frühen 1990er Jahren hervor, an denen bereits von Beginn an Vizebürgermeister Jurij Rosljak beteiligt gewesen sei. Moskau und München wirkten zwar auf den ersten Blick sehr unterschiedlich. Der Ausbau der städtischen Infrastruktur sei jedoch in beiden Städten in vielen Bereichen nach dem gleichen Muster verlaufen. Die damals zu bewältigenden Themen – wie Wohnungsbau, Energieversorgung, Trinkwasserversorgung, Abwasserkanalisation, Sozialfürsorge, Bildungseinrichtungen – könnten auch von der Tagesordnung der nächsten Kabinettsitzung stammen. „Es ist daher kein Zufall, dass die Gespräche des heute veranstalteten 6. Moskauer Wirtschaftstages in Bayern um die Themen Gesundheitsfürsorge, Energieeffizienz bei Gebäuden und Wasser- und Abfallwirtschaft kreisten“. Wertvolle Erträge historischer Forschung seien „der

Respekt vor der Leistung unserer Vorgänger und die Erkenntnis, dass wir das Erbe vorangegangener Generationen pflegen müssen, um unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Umwelt zu bewahren“.

Dr. Gerhard Hetzer, Direktor des Hauptstaatsarchivs, ging in seiner Einführung zuerst der Frage nach, ob denn bei dem Thema überhaupt Vergleichbares miteinander verglichen werde, da Moskau über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg die deutlich größere Stadt gewesen sei. Er stellte in groben Zügen die elf Abschnitte der Ausstellung vor, die von der Stadtentwicklung im Überblick über das Verkehrswesen, die Wasser- und Energieversorgung, die Einrichtung von Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen bis zur Schaffung von Märkten reichen. Abschließend schilderte er, welche unterschiedlichen Funktionen Stadtpläne dienen können, die neben Architekturplänen das Fundament der Ausstellung bilden: traditionellerweise dem Auffinden von Straßen und Plätzen, daneben aber auch z.B. dem Vorstellen städtischer Sehenswürdigkeiten auf Randveduten, dem Präsentieren der städtischen Feuerwehrsignale und der Werbung für die Wirtschaft.

Die Veranstaltung wurde musikalisch umrahmt von dem mehrfach ausgezeichneten Gitarristen Dimitri Nilov, der Stücke von Sor und Bach spielte, sowie von Katharina Medvedeva (Klavier) und Arthur Medvedev (Violine) mit einem Stück von Tschairowskij.

Beim anschließenden kleinen Empfang bestand die Gelegenheit zum Gespräch.

Christian Kruse

Pressekonferenzen zum Erhalt von Archivgut

Der Einsturz des Stadtarchivs Köln vom 3. März 2009 veranlasste den Abgeordneten Dr. Sepp Dürr von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer schriftlichen Landtagsanfrage zur Gefährdung von Archivgut in Bayern. Fragen nach Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung zur Bestandssicherung, der jährlichen Mittelausgabe zur Sicherung der Originale sowie die Frage nach Strategien zur

Übertragung von Inhalten auf andere Trägermedien standen dabei im Mittelpunkt. Das Ergebnis der Anfrage stellte Sepp Dürr auf einer Pressekonferenz zusammen mit Dr. Michael Stephan, dem Leiter des Stadtarchivs München, am 25. Juli im Bayerischen Landtag vor. Dürr lobte die bereitwillige, umfassende und ungeschönte Beantwortung der Anfrage durch das zuständige Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Als wesentliche Ergebnisse wurden herausgehoben: in den staatlichen Archiven Bayerns sind rund 170 Regalkilometer mit rund 25 Millionen Archivalien ab der Mitte des 19. Jahrhunderts vom Säurefraß bedroht, davon 36 km in starkem Maße. Mittel zum Bestandserhalt und zur Übertragung auf andere Trägermedien durch Digitalisierung oder Verfilmung stehen dafür nicht zur Verfügung.

Am 7. August 2009 lud Staatsminister Dr. Heubisch den Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek Dr. Griebel und die Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zu einer Pressekonferenz zum Thema „Gefährdung des Bestands der staatlichen Archive und Bibliotheken in Bayern“ in das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Staatsminister Dr. Heubisch bezeichnete die Sicherung des bedrohten schriftlichen Kulturguts als eine große politische Herausforderung. Es seien dafür weitaus mehr Finanzmittel notwendig, als in den vergangenen Jahren zur Verfügung gestellt wurden, um unser wertvolles schriftliches Kulturgut zu bewahren. Angesichts der großen Menge an gefährdetem und teilweise bereits erheblich geschädigtem Kulturgut in Archiven und Bibliotheken läge eine Herkulesaufgabe vor uns. Der Staatsminister plädierte an dieser Stelle für ein nationales Bestandserhaltungskonzept für die gefährdeten Bestände in den Archiven und Bibliotheken. Auch für Ersatzverfilmungen und Ersatzdigitalisierungen müssten Mittel bereitgestellt werden.

Die Berichterstattung der Tagespresse zu beiden Pressekonferenzen war erfreulich hoch. Ein Beitrag im Focus (S. 8, 39/2009) griff die Thematik in einem Artikel „Verlorene Geschichte(n)“ auf.

Margit Ksoll-Marcon

Veranstaltungen

Das Staatsarchiv Würzburg als Programmpunkt der „langen Residenznacht“

Bereits das dritte Mal in Folge hat das Staatsarchiv Würzburg an der „langen Residenznacht“ teilge-

nommen, die stets am ersten Samstag im Oktober stattfindet und diesmal auf den Tag der deutschen Einheit (3.10.2009) fiel. Auch in diesem Jahr erwies sich die Veranstaltung dank eines attraktiven und vielfältigen Programmangebots, zu dem bei-

spielsweise auch die Landesausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ zählte, als wahrer Massenmagnet, so dass die Anzahl der Eintrittskarten auf 2000 begrenzt werden musste. Rund ein Viertel der Besucher, nahezu 550 Personen, fand im Laufe der Nacht den Weg ins Staatsarchiv, das große Teile des Nordflügels der Residenz einnimmt und dessen Eingangstüre von 19 Uhr bis nach Mitternacht weit offen stand. Nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs waren vor Ort, um für Fragen zur Verfügung zu stehen.



Links Archivoberrat Jens Martin

Gut angenommen wurden die im festen Turnus angebotenen Kurzführungen, die auch Teile des Magazinbereichs mit einschlossen, die normalerweise für Benutzer nicht zugänglich sind. Dazu zählte etwa der heutige Urkundensaal im ersten Obergeschoss, in dessen Gewölbe seit 1764 das Archiv des Hochstifts Würzburg verwahrt wurde. Die Führung umfasste auch den A-Gang, in dem Unterlagen verwahrt werden, die sich früher im kurfürstlichen Residenzschloss in Mainz befanden. Das Archiv der kurmainzischen Regierung war 1792 mit ursprünglich mehr als 1000 Archivkästen nach Aschaffenburg geflüchtet und später von dort nach Würzburg geschafft worden. Im Repertorienzimmer war Gelegenheit, sich über die Recherchiermöglichkeiten im Intranet wie im Internet zu informieren. Auf lebhaftes Interesse stießen auch in diesem Jahr die Informationen für Familienforscher, zumal in diesem Rahmen einschlägige Quellen im Original vorgestellt wurden.

Ein besonderer Anziehungspunkt war die kleine Ausstellung im Lesesaal und im Vortragsraum, die verschiedenen Themen gewidmet war. Der Ausstellungsteil im Lesesaal stand ganz im Zeichen der historischen Kartographie. Gezeigt wurden hier u.a. das älteste in den Kartensammlungen des Staatsarchivs erhaltene Exemplar, ein Plan über

den Gangolfsberg und Oberschwappach (Lkr. Haßberge) von 1538, sowie der Atlas des kurmainzischen Kartographen Gottfried Mascop von 1576/77 mit der Darstellung der Stadt Bingen. Den Mittelpunkt bildete der älteste erhaltene Würzburger Stadtplan, den der junge Balthasar Neumann 1715 geschaffen hat. Das heute in acht Tafeln aufgeteilte Stück ist allerdings nur als werkgetreue Kopie von 1775 erhalten. Der Plan, der in der Abteilung Kriegsarchiv des Bayerischen Hauptstaatsarchivs verwahrt wurde, ist 2006 im Rahmen der Beständeberreinigung zwischen den Staatsarchiven nach Würzburg zurückgekehrt. Weitere thematische Schwerpunkte der Ausstellung waren die bei Ordnungsarbeiten zu Tage getretenen gegenständlichen Aktenbeilagen, etwa Stoffproben aus dem 18. und frühen 19. Jahrhundert, sowie Schriftgut der Gestapostelle Würzburg zum Komplex „Rotspanienkämpfer“. Die Einführung der Silvaner-Rebe in Franken vor exakt 350 Jahren war Anlass, den Exponaten zum Thema „Weinbau in Franken“ nicht weniger als drei Vitrinen einzuräumen. Darunter befand sich beispielsweise auch das sogenannte Guldenzoll-Privileg Kaiser Friedrichs III. von 1468 für den Würzburger Fürstbischof Rudolf von Scherenberg.

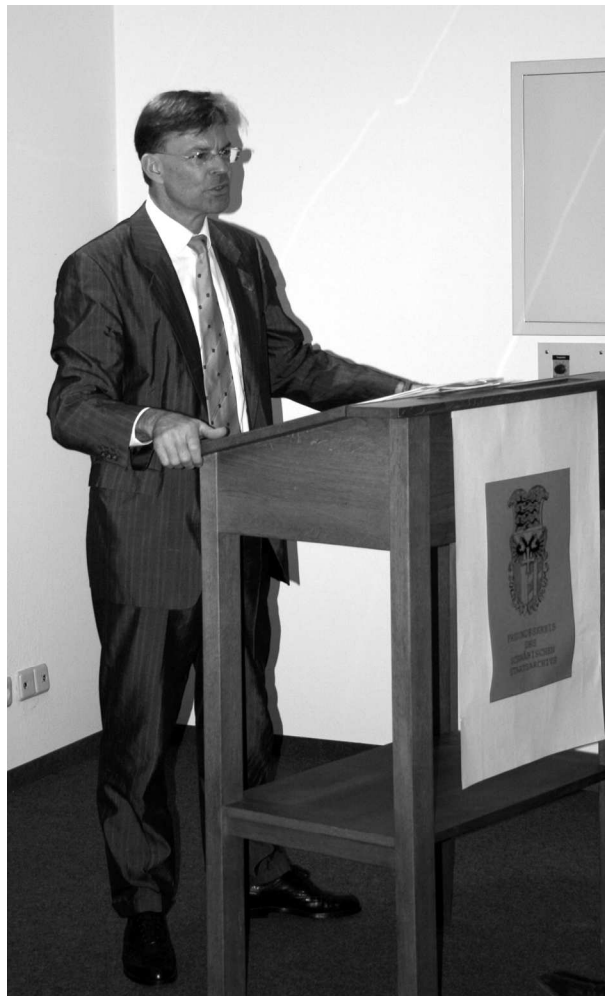
Die Beteiligung des Staatsarchivs an der „langen Residenznacht“ ist zu einem wichtigen Teil der Öffentlichkeitsarbeit geworden, die nicht nur bei den Besuchern der Veranstaltung, sondern auch bei den Mitarbeitern großen Anklang findet.

Werner Wagenhöfer

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv gibt über 5100 schwäbische Urkunden aus dem 14. bis 18. Jahrhundert an das Staatsarchiv Augsburg ab

Als im Jahr 1989 das Staatsarchiv Augsburg eingerichtet wurde, hat man nicht nur einen Neubau bezogen, sondern auch tief in ein historisches Profil eingegriffen. Das Staatsarchiv Augsburg ist wie vorher auch das Staatsarchiv Neuburg a.d. Donau für alle staatlichen Behörden und Gerichte im Regierungsbezirk Schwaben zuständig, aber der Zugschnitt für die Zeit vor 1803 wurde grundlegend erweitert. Er erstreckt sich auf alle zu Beginn des 19. Jahrhunderts an Bayern gefallenen Teile des Schwäbischen sowie des Österreichischen Reichskreises (Vorderösterreich und Vorarlberg). Denn in den Jahren ab 1812 hat man eine äußerst wertvolle Auswahl an Beständen – beispielsweise des Hochstifts Augsburg, des Fürststifts Kempten, aller Reichsstifte, der Markgrafschaft Burgau, der Reichsstädte – im Allgemeinen Reichsarchiv, dem späteren Bayerischen Hauptstaatsarchiv, zentrali-

siert. Dies führte dazu, dass Historiker aus ganz Schwaben fast immer nach München fahren mussten, um die ältere Geschichte ihrer Heimat erforschen zu können.



PD Dr. Peter Fleischmann, Leiter des Staatsarchivs Augsburg

Das änderte sich 1990! Nach Rückführung von mehr als 70.000 Urkunden und knapp 800 Laufmetern Amtsbücher und Akten wird im Staatsarchiv Augsburg der größte Teil dessen verwahrt, was die historische Identität Ostschwabens ausmacht. Diese Beständebereinigung zwischen dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv und dem Staatsarchiv Augsburg war aber noch nicht ganz abgeschlossen, wie die Rückgabe von mehr als 320 Karten und Plänen im Jahr 2007 belegte. Darüber hinaus war noch die Zuständigkeit für die kurbayerischen Herrschaften in Schwaben zu klären. Es handelte sich insbesondere um die Reichsstadt Donauwörth, die 1607 im Vollzug der Reichsacht an Herzog Maximilian I. verpfändet worden war, um die 1614/17 von Herzog Maximilian I. erworbene Herrschaft Mindelheim sowie um die Herrschaft Illertissen, die nach dem Bankrott der Vöhl in im Jahr 1756 von Kurfürst Max III. Joseph angekauft worden war.

Am 23. und 25. Juni 2009 fanden zwei Transporte statt, bei denen insgesamt 5.110 Urkunden vom frühen 14. Jahrhundert bis 1803 sowie ungefähr zwei Laufmeter Amtsbücher und Akten von München zurück nach Schwaben kamen. Diese Abgabe umfasst vornehmlich das umfangreiche Archiv der 1586 erloschenen Herren von Frundsberg und eine Teilüberlieferung der Reichsstadt Donauwörth. Allerdings sind die Dokumente vorerst nur als „Gerichtsurkunden“ (GU) bzw. als „Gerichtsliteralien“ (GL) greifbar, da man im 19. Jahrhundert die Archivalien gemäß dem damals gültigen Prinzip des Ortsbetriffs nach den Sprengeln der bayerischen Landgerichte älterer Ordnung aufgeteilt hatte. Als Findmittel dienen die ebenfalls im Original übergebenen Repertorien GU Donauwörth (465 Urkunden), GU Illertissen (864 Urkunden), GU Mindelheim (3486 Urkunden) sowie GU Kirchberg-Weißenhorn (165 Urkunden) und GU Lindau (130 Urkunden) mit ausführlichen Orts- und Personenregistern. Die Bestände sind allerdings schon nach Provenienzen analysiert und werden im Laufe der Zeit durch das Staatsarchiv sachgerecht aufgestellt u.a. als „Reichsstadt Donauwörth“, „Herrschaft Mindelheim“, „Herrschaft Illertissen“, „Herrschaft Wasserburg“.

Durch diesen Zuwachs ist die Anzahl der im Staatsarchiv Augsburg verwahrten Urkunden vor 1803 auf 93.814 Stück gestiegen. Somit kann Augsburg unter den bayerischen Staatsarchiven mit dem größten Urkundenbestand aufwarten und seinen Ruf als „Schatzhaus schwäbischer Geschichte“ unterstreichen.

Dieser innerarchivischen Maßnahme wurde am 23. Juli 2009 im Rahmen eines Festakts auf besondere Weise gedacht. Einen Anlass boten die spektakulären Vorgänge um die Reichsstadt Donauwörth, über die Kaiser Rudolf II. am 3. August 1607 die Reichsacht verhängt hatte. Denn am 23. Juli 1609 – auf den Tag genau 400 Jahre zuvor – sind die Bürger von Donauwörth davon wieder losgesprochen und auf den Kaiser vereidigt, aber sogleich verpflichtet worden, die völlig überhöhten Exekutionskosten des bayerischen Herzogs aufzubringen. Dazu waren sie erwartungsgemäß nicht in der Lage und wurden an Herzog Maximilian I. von Bayern verpfändet, der bald darauf die zwangsweise Rekatholisierung der Einwohnerschaft anordnete. Dieser aufsehenerregende „Kampf um Donauwörth“ gilt als Vorbote des Dreißigjährigen Kriegs, zumal sich 1608 im nahegelegenen Auhausen bei Nördlingen protestantische Reichsstände zur „Union“ und 1609 katholische Reichsstände zur „Liga“ zusammenschlossen.

Der Stadtarchivar von Donauwörth, Dr. Ottmar Seuffert, hat über den eigentlichen Anlass, das Kreuz- und Fahnengefecht vom 25. April 1606 und dessen Folgen, eine sehr illustrative Ausstellung erarbeitet, die er für die Feierstunde freundlicherweise zur Verfügung stellte. Als Kontrast zu diesem Ausschnitt aus der Geschichte der Reichsstadt, der im Foyer des Staatsarchivs Augsburg zu sehen war, wurden im Vortragssaal in zehn Vitrinen herausragende Dokumente aus Donauwörth präsentiert, die erst wenige Wochen vorher vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv nach Augsburg zurückgegeben worden waren. Zu sehen waren unter anderem Privilegien Kaiser Karls IV. von 1363, König Sigmunds von 1422, König Friedrichs III. von 1440 und Kaiser Karls V. von 1530 für *Swebischwerde*, wie Donauwörth früher genannt wurde.

Bei dem Festakt konnte die Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Margit Ksoll-Marcon, eine große Anzahl von Gästen begrüßen; allen voran Armin Neudert, Oberbürgermeister der Stadt Donauwörth, den zahlreiche Vertreter des Stadtrats und Bürger begleitet hatten. Der Leiter des Stadtarchivs Donauwörth, Dr. Ottmar Seuffert, führte in einem bewegenden Vortrag die Geschehnisse vor 400 Jahren vor Augen, anschließend ging der Leiter des Staatsarchivs Augsburg, Privatdozent Dr. Peter Fleischmann, auf die Bedeutung der Archivalien der Reichsstadt Donauwörth ein. Es ist als ein Glück anzusehen, dass diese einzigartigen Dokumente nicht wie manch Anderes durch Unachtsamkeit, Katastrophen oder Kriege untergegangen sind, sondern der Forschung uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Peter Fleischmann

Tagungen

79. Deutscher Archivtag in Regensburg befasst sich mit Archiven im digitalen Zeitalter

Der Deutsche Archivtag tagte vom 22. bis 25. September 2009 in Regensburg und war damit nach neun Jahren erneut in Bayern zu Gast. (s.a. S. 4).

Die Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) stand im Zeichen des Umbruchs: Prof. Dr. Robert Kretzschmar (Landesarchiv Baden-Württemberg), Vorsitzender seit 2005, verzichtete auf eine Wiederwahl. Zu seinem Nachfolger wurde Dr. Michael Diefenbacher (Stadtarchiv Nürnberg) gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder schieden aus, darunter der langjährige Schatzmeister Dr. Martin Dallmeier (Universitätsarchiv Regensburg) (seit 1993), und Dr. Rita Maria Sagstetter (Staatsarchiv Amberg), seit 2005 Vorsitzende der Fachgruppe 1 (Staatliche Archive). Die Arbeitsgruppen des VdA berichteten von ihrer Tätigkeit.

Die gemeinsame Arbeitssitzung, die von Dr. Daniel Nerlich (Archiv für Zeitgeschichte, Zürich) geleitet wurde, stand unter dem Titel „Dornröschen aufgewacht? Neue Arbeits- und Kommunikationsprozesse im Archiv“. Dr. Christian Keitel (Landesarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart) ging der Frage nach, welche Aufgaben die Archive bei der Archivierung digitaler Unterlagen erwarten: Bei der Übernahme digitaler Daten bleiben nicht die originalen Datenträger erhalten, sondern die Daten müssten unter Einschluss der Metadaten aufbereitet werden. Ebenso seien Eingriffe in die Strukturen erforderlich, um die Daten be-

nützlich zu machen. Dringend müsse eine archivi-sche Definition von „Authentizität“ erarbeitet werden. Automatisierte Verfahren könnten und müssten bei der Überprüfung der Daten eingesetzt werden, nähmen aber eine Bewertungsentscheidung nicht ab. Archivare würden die bleibende, nicht generierbare und nicht an Dienstleister oder Informatiker abzugebende Aufgabe erhalten, Benutzerformate zu definieren.



Dr. Michael Diefenbacher, Leiter des Stadtarchivs Nürnberg und neugewählter Vorsitzender des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (VdA) (Foto: VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Fulda)

Dr. Mario Glauert (Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam) prüfte unter dem Titel „Archiv 2.0. Vom Aufbruch der Archive zu ihren Nutzern“ die Möglichkeiten, die sich aus dem interaktiven Web 2.0 für die Archive eröffnen. Als Beispiele nannte er eine Nachnutzung von Recherchen für Benutzer in den National Archives (Großbritannien) unter dem Titel „Your Archives“, eine Erschließung von Zivilstandsunterlagen durch Benutzer in der Stadt Rennes (Frankreich), die Mitwirkung von über 800 Bürgern an der Stadtchronik beim Projekt „Von Zeit zu Zeit“ der Stuttgarter Zeitung und des Stadtarchivs Stuttgart und die Individualisierung und Privatisierung von Geschichte beim Zeitgeschichtsprojekt „einestages“ von Spiegel Online. Die Mitwirkung von Benutzern führe einerseits zu einer „Demokratisierung der Archive“. Andererseits seien etliche offene Fragen zu klären: Wo liegen die Grenzen der Bürgerbeteiligung? Ist eine Beteiligung an der Bewertung von Akten auf Archivwürdigkeit sinnvoll? Wie werden Qualität und Standard garantiert, Vertrauenswürdigkeit und Integrität gewahrt? Lohnt sich die Beteiligung für die Archive?



Dr. Martin Dallmeier, Universitätsarchiv Regensburg und langjähriger Schatzmeister im VdA (Foto: VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., Fulda)

In vier Sektionen wurden Einzelaspekte des Tagungsthemas behandelt:

In Sektion 1 unter Leitung von Dr. Ulrike Gutzmann (Unternehmensarchiv der Volkswagen AG, Wolfsburg) wurde die „Bewertung elektronischer Unterlagen und Überlieferungsbildung“ behandelt. Ilka Stahlberg (Brandenburgisches Landeshauptar-

chiv, Potsdam) berichtete über die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) in der brandenburgischen Ministerialverwaltung, an der das Landeshauptarchiv beteiligt war, so dass archivische Anforderungen umgesetzt werden konnten. Dr. Matthias Manke und Dr. René Wiese (beide Landesarchiv Mecklenburg-Vorpommern, Landeshauptarchiv Schwerin) stellten die elektronische Aktenbewertung in ihrem Archiv vor. Dr. Andrea Hänger (Bundesarchiv, Koblenz) und Dr. Katharina Ernst (Stadtarchiv Stuttgart) verglichen das unterschiedliche Vorgehen bei der digitalen Archivierung im Bundesarchiv und im Stadtarchiv Stuttgart.

In Sektion 2, die Dr. Michael Häusler (Archiv des Diakonischen Werkes der EKD, Berlin) leitete, wurde an drei sehr unterschiedlichen Beispielen vorgestellt, wie im Netz Bildungsarbeit umgesetzt werden kann. Dr. Birgit Jooss (Deutsches Kunstarchiv im Germanischen Nationalmuseum, Nürnberg) schilderte, wie an ihrer früheren Arbeitsstelle, der Akademie der Bildenden Künste in München, die Daten zu 12688 Studierenden aus den Matrikelbüchern der Jahre 1808 bis 1920 inhaltlich erschlossen, digitalisiert und ins Internet gestellt wurden. Den Stammdaten wurden nach Möglichkeit Informationen zum weiteren Lebensweg der Studierenden und – mit Landkarten – zum Geburtsort hinzugefügt. Die Nutzer könnten die Angaben kommentieren und ergänzen, allerdings sei es zurzeit nicht möglich, die Einträge auf ihren Gehalt hin zu prüfen (<http://matrikel.adbk.de/01/matrikelbuecher>). Dr. Peter Pfister (Archiv des Erzbistums München und Freising, München) stellte das Denkwerk-Projekt „Die letzten und die ersten Tage“ vor, in dem die Zeit kurz vor und kurz nach der Kapitulation 1945 behandelt werde und dessen Hauptquelle Berichte der Pfarrer über den Einmarsch der alliierten Truppen seien. Das Projekt habe in traditioneller Weise zu Buchpublikation und Ausstellung geführt. Nun sei das Projekt auch über die Internetseite seines Archivs zugänglich (webspaces.t-michaelsbund.de/dioezesanarchiv/denkwerk.htm). Dr. Hanns Jürgen Küsters (Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin) erläuterte das von ihm entwickelte Internetportal „Konrad Adenauer“ (konrad-adenauer.de), in das das Wissen seines Forscherlebens eingeflossen sei. In dem Portal seien in sehr umfassender Weise nahezu alle verfügbaren Informationen zu Bundeskanzler Konrad Adenauer vereint. Zentralstück des Portals sei ein Kalendarium, in dem man sich tagesgenau mit Texten, Fotos und Dokumenten über das Leben und Wirken Adenauers von dessen Geburt 1876 bis zu dessen Tod

1967 informieren könne. Zu wichtigen Quelleneditionen bestünden Verlinkungen.

Sektion 3, geleitet von Dr. Gerald Maier (Landesarchiv Baden-Württemberg, Stuttgart), hatte Archive als Online-Dienstleister zum Thema. Dr. Nils Brübach (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden) stellte internationale Erschließungsstandards wie ISAD (G), ISAR (CPF), EAD und EAC und deren Möglichkeiten insbesondere bei Austauschformaten für das Internet vor, zeigte aber auch deren jeweilige Grenzen. Er plädierte für die stärkere Nutzung von EAD für Portallösungen. Dr. Martina Wiech (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) und Dr. Johannes Kistenich (Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Münster) untersuchten, ob sich ihr Archiv bereits auf dem Weg zu einem elektronischen Landesarchiv befände. Dr. Wiech beschrieb die Nutzungsmöglichkeiten für Benutzer über das Internet: u.a. das Archivportal „Archive in NRW“ (1998), den Zugriff auf inzwischen 650 Online-Findmittel, die Möglichkeit der Aktenbestellung und des Ausfüllens eines Benutzerantrages auf elektronischem Weg. Dr. Kistenich schilderte die laufenden Digitalisierungsprojekte, bei denen mit einer Inhouse-Lösung mit Aufsichtscannern mit einer Auflösung von 300–400 dpi in 3 ½ Jahren immerhin 5,7 Millionen Bilddateien von über 117.000 Archivalieneinheiten (Umfang: rund 800 lfm) aufgenommen worden seien, d.h. 0,5 Prozent des Gesamtbestandes des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen. Daneben werde weiterhin die Sicherungsverfilmung auf Mikrofilm betrieben mit rund 1,6 Millionen Aufnahmen von rund 280 lfm Archivgut pro Jahr. Angesichts dieser Zahlen könne es nicht das Ziel sein, das vorhandene Archivgut (zzt. 160 lfd km) zu 100 Prozent zu digitalisieren, sondern man müsse Prioritäten setzen, indem man sich u.a. auf viel benutzte Bestände, Bestände mit besonderen Schadensrisiken und Bestände mit stark verblichener Schrift konzentriere. Alfons Ruch (Universität Passau) stellte das MonArch-Projekt in Nürnberg vor, in dem künftig u.a. die Planunterlagen zu den Nürnberger Kirchen St. Sebald und St. Lorenz zugänglich sein werden.

Sektion 4 nahm sich unter Leitung von Dr. Robert Zink (Stadtarchiv Bamberg) des Themas Archive und Open Access an, des freien Zugangs zu wissenschaftlicher Literatur und anderen Materialien im Internet. Angela Ullmann (Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv, Berlin) zeigte die Grenzen der Möglichkeiten eines Open Access in den Archiven auf, insbesondere in den Bereichen der schutzwürdigen Belange Betroffener oder Dritter (Datenschutz), der kommerziellen Verwertung und

der Nutzungsrechte (Urheberrecht, Gebührenrecht). Klaus-Peter Wessel (Verein für Computergenealogie e.V., Bremen) schilderte Open Access bei der Erfassung genealogischer Archivalien durch Archivbenutzer. Dr. Oliver Sander (Bundesarchiv, Koblenz) berichtete über die Digitalisierung, Erschließung, Präsentation und Verwertung von Bildern aus dem Bundesarchiv und stellte diese in das Spannungsfeld zwischen dem kostenlosen Open Access und dem kommerziellen E-Commerce. Dr. Klaus Graf (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule, Hochschularchiv Aachen), langjähriger Verfechter der Vorteile des Open Access, stellte vor, wie die „Public Domain“, d.h. die Gesamtheit des geistigen Gemeingutes, das jeder ohne weitere Genehmigung und ohne Kosten frei benutzen und weitergeben können sollte, in den Archiven verwirklicht werden könnte, vor allem durch den Verzicht auf Reproduktionsgebühren, da das Erheben von Gebühren für „gemeinfreie Werke“ ein Verstoß gegen das Urheberrecht sei. Je umfassender die Public Domain sei, desto bessere Voraussetzungen seien für die Forschung gegeben.

Von den Veranstaltungen der Fachgruppen sei beispielhaft die der Fachgruppe 1 (Staatliche Archive) über Aktenführung, Bewertung und Überlieferungsbildung im digitalen Zeitalter herausgegriffen (Leitung: Dr. Maria Rita Sagstetter, Staatsarchiv Amberg). Dr. Jürgen Treffeisen (Landesarchiv Baden-Württemberg, Generallandesarchiv Karlsruhe) zeigte anhand von drei Beispielen, nach welchen Kriterien eine Bewertung vorgenommen werden könne, wenn in einer Behörde sowohl konventionelle Akten als auch elektronische Akten vorlägen. Dr. Christoph Bachmann (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) schilderte die Schwierigkeiten, die es bei der Aussonderung von Hybridakten gebe am Beispiel des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit, da Papierakt und elektronischer Akt nicht deckungsgleich und beide nicht vollständig seien. Dr. Bernhard Grau (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) stellte vor, welche Auswirkungen die Einführung des digitalen Leistungsakts bei der Bundesanstalt für Arbeit (vorgesehen bis Mitte 2010) auf die Bewertung und Überlieferungsbildung habe. Es seien neue Bewertungsmaßstäbe erforderlich, ebenso neue Auswahlmethoden möglich, etwa nach Leistungsempfängern. Die Archive würden gegenüber der Bundesagentur zentral vertreten durch die ARK-Arbeitsgruppe „Elektronische Systeme in Justiz und Verwaltung (AG eSys)“, deren Vorsitzender Dr. Grau ist, und durch die ARK-Arbeitsgruppe „Arbeitsverwaltung“, durch die ein Aus-

sonderungskonzept erarbeitet werde. Kerstin Schenke (Bundesarchiv, Koblenz) erläuterte die Vorgehensweise des Teams Behördenberatung des Bundesarchivs bei der Beratung von Bundesbehörden. Bei der großen Zahl der Behörden sei eine Priorisierung erforderlich: die 19 obersten Bundesbehörden und die 13 oberen Bundesbehörden würden einmal im Jahr beraten, die 300 nachgeordneten Bundesbehörden nur auf Anfrage.

Im Rahmen des Deutschen Archivtags fanden außerdem sieben Fortbildungsveranstaltungen statt, die überwiegend auf regen Zuspruch stießen. Zum Teil waren Archivare aus Bayern beteiligt, Dr. Joachim Kemper (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) an der Fortbildung über digitale Urkundenpräsentationen, Dr. Walter Bauernfeind (Stadtarchiv Nürnberg) an der Fortbildung über die Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung in der Stadtverwaltung Nürnberg.

Die Ergebnisse der Tagung wurden in einer Podiumsdiskussion über die Rolle der Archive im digitalen Zeitalter zusammengefasst (Leitung: Professor Dr. Robert Kretzschmar, Landesarchiv Baden-Württemberg), an der neben den vier Sektionsleitern auch Ute Schwens (Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main) und Veit Scheller (ZDF, Mainz) teilnahmen. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Archive auch in der digitalen Welt ihre Kernaufgaben behalten werden, allerdings mit veränderten Schwerpunkten: Archive werden weiterhin Datenlieferanten für Forschung und Öffentlichkeit bleiben, Archivarinnen und Archivare Pfadfinder durch die analogen und digitalen Daten der abgebenden Behörden, Gerichte, Firmen und sonstigen Institutionen, Experten für Metadaten und für Fragen der Quellenkritik und der Authentizität. Zugleich werden sich für die Archive durch die neuen technischen Möglichkeiten wie Web 2.0, die eine mediale Revolution darstellten wie zehn Jahre nach der Erfindung des Buchdruckes, neue Chancen ergeben: eine Öffnung nach außen und eine verstärkte Wahrnehmung von außen (Dr. Robert Zink), ebenso Möglichkeiten des Austausches der Archive untereinander (Veit Scheller). Zugleich wurde betont, dass sich die Themen von Archiven und Bibliotheken in vielen Bereichen gleichen, etwa bei Bestandserhaltung, Standardisierung und dem Umgang mit Open Access (Ute Schwens).

Christian Kruse

EDV-Tage Theuern 2009

Vom 16. bis 18. September fanden auch in diesem Jahr wieder die EDV-Tage in Theuern statt. Veranstaltet werden diese traditionell in Zusammenarbeit zwischen dem Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern, der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen, dem Haus der Bayerischen Geschichte und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Die EDV-Tage wenden sich an Fachleute aus den Bereichen der Museen, der Sammlungen und der Archive, werfen aber auch einen Blick auf die Entwicklung bei benachbarten Institutionen wie die Bibliotheken. Sie dienen in erster Linie der Weiterbildung und dem Erfahrungsaustausch, berücksichtigen aber auch zukunftssträchtige Themen und Technologien. So stand in diesem Jahr der Eröffnungstag im Zeichen der Einführung elektronischer Vorgangsbearbeitungssysteme, wie sie derzeit in der bayerischen Staatsverwaltung eingeführt werden. Der Workshop bot Gelegenheit, die Erfahrungen von drei Institutionen miteinander zu vergleichen, die entsprechende Produkte betreiben oder derzeit einführen: Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Haus der Bayerischen Geschichte sowie Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Einer der Themenschwerpunkte der beiden Folgetage widmete sich dagegen der Präsentation digitaler Inhalte im Internet. Dabei wurde über digitale Kulturgutportale der Archive und Museen ebenso informiert wie über ein Wissensportal sowie ein Zeitzeugenprojekt zur bayerischen Geschichte. Die Chancen und Möglichkeiten der geographischen Referenzierung wurden in zwei Vorträgen beleuchtet. Gegenstand der Erörterungen waren aber auch die Auswirkungen der EDV-Technik auf die klassischen Dienstleistungen von Archiven und Museen, die Verzeichnung von Archiv- und Sammlungsgut sowie den Verkauf von Eintrittskarten. Nähere Informationen über die EDV-Tage und Präsentationen einzelner in diesem beziehungsweise in den vorausgegangenen Jahren gehaltener Vorträge finden sich im Internet unter <http://www.edvtage.de/tagung.php>.

Bernhard Grau

Quellengespräche und Vorträge zur Ortsgeschichte. 4. Tag der Heimatforschung im Staatsarchiv Amberg

Der Tag der Heimatforschung, 2006 vom Staatsarchiv Amberg und dem Bezirksheimatpfleger der Oberpfalz ins Leben gerufen, hat sich als Informationsveranstaltung, die alljährlich bei Heimatfor-

schern, Archiv- und Heimatpflegern auf reges Interesse stößt, bestens etabliert. Am Samstag, dem 17. Oktober 2009, fand der mittlerweile 4. Tag der Heimatforschung statt, zu dem Staatsarchiv und Bezirksheimatpfleger wieder gemeinsam eingeladen hatten. Unter dem Titel „Unsere Gemeinde im Wandel der Zeit. Archivalienbeispiele zu Epochen der Ortsgeschichte“ sollte dieses Mal eine Auswahl von bestimmten Quellengruppen aus Mittelalter, Früher Neuzeit, Neuerer und Neuester Geschichte hinsichtlich Archivalientypus, Entstehung, Inhalt und Auswertungsmöglichkeiten vorgestellt werden.

Nach der Begrüßung durch Archivdirektorin Dr. Maria Rita Sagstetter und Bezirksheimatpfleger Dr. Franz Xaver Scheuerer standen vier Vorträge auf dem Programm. Dr. Sagstetter referierte unter dem Titel „Dem Grund zum Feiern auf der Spur“ über Urkunden, Traditionsbücher und Urbare als Quellen für frühe Ortsnennungen und präsentierte Beispiele für Ersterwähnungen aus der Region. Mit ihren Ausführungen verband sie den dringenden Appell, bei Planungen für entsprechende Ortsjubiläen rechtzeitig Fachleute und die zuständigen Archive zu konsultieren und die historischen Daten quellenmäßig absichern zu lassen. Archivoberinspektor Jochen Rösel zeigte an Beispielen aus der Überlieferung des Fürstentums Pfalz-Sulzbach Struktur und lokalhistorischen Quellenwert von frühneuzeitlichen Akten, Rechnungen und Steuerbüchern auf. Letztere etwa können, so Rösel, über Angaben zum Steuervermögen der erfassten Haushalte Aufschlüsse über die wirtschaftliche Situation einzelner Bevölkerungs- und Ortsteile geben. Als grundlegende Quellen zur Haus- und Hofforschung oder für ein Häuserbuch stellte Archivamtman Christian Pleßl die Grundsteuerkataster sowie die Briefprotokolle vor, die für den Nachweis von Anwesen sowie die Feststellung von deren Besitzern herangezogen werden können. Archivoberrat Rudolf Fritsch ging abschließend auf behördliche Lage- und Stimmungsberichte ein, wie sie von den Bezirks- und Landratsämtern sowie den Bezirksregierungen zwischen 1914 und 1970 zu liefern waren, und empfahl die Quellengruppe, die offenbar manchem der Teilnehmer noch unbekannt war, als Fundus für zeitgeschichtliche ortsbezogene Informationen zu den verschiedensten Lebensbereichen.

Besonderen Anklang fanden die sich im zweiten Teil der Veranstaltung anschließenden „Workshops zur Quellenarbeit“. Diese sollten dazu dienen, den Teilnehmern, vor allem den noch archiverfahrenen unter ihnen, einen Eindruck von der Arbeit mit archivalischen Quellen zu verschaffen

und die in den Vorträgen vermittelten Informationen anhand von Beispielen aus den Beständen des Staatsarchivs zu veranschaulichen und zu vertiefen. Aufgeteilt in vier Gruppen, konnten die Teilnehmer unter Anleitung je eines Referenten Archivalien einsehen und lesen sowie gemeinsam besprechen und interpretieren. Um die Größe der Gruppen überschaubar zu halten und diese auf verschiedene Räume verteilen zu können, war die Teilnehmerzahl der Veranstaltung von Anfang an auf 60 Personen begrenzt worden. Gerade die positive Resonanz auf die Quellengespräche bestätigte die (bereits 2006 durch eine Fragebogenaktion festgestellte) große Nachfrage der Heimatforscher nach methodischen Anleitungen und hilfswissenschaftlichem „Rüstzeug“ für die Quellenarbeit im Archiv, was die Veranstalter auch bei der Konzipierung der künftigen Tage der Heimatforschung wieder berücksichtigen wollen.

Maria Rita Sagstetter

Summerschool „Juden im Heiligen Römischen Reich und seinen Nachfolgestaaten“ – Quellen zur jüdischen Geschichte Frankens im Staatsarchiv Nürnberg

Das Staatsarchiv Nürnberg war mit einem Seminarcluster am Sonntag, dem 26. Juli 2009, zum Thema „Quellenkunde zur jüdischen Geschichte Frankens“ Partner bei der Summerschool, die vom 19. bis 31.7.2009 abgehalten wurde. Die Summerschool war initiiert worden von Stefan Ehrenpreis (München), Andreas Gotzmann (Erfurt) und Stephan Wendehorst (Leipzig-Wien) und wurde veranstaltet von der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg, dem Jüdischen Museum Franken in Fürth, Schnaittach und Schwabach in Kooperation mit dem Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände, dem Fürstlich Castell'schen Archiv, dem Landeskirchlichen Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, der Leopold-Franzens Universität Innsbruck, dem Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte Frankfurt, der Stadtbibliothek Nürnberg, der Universität Erfurt, der Universität Freiburg, der Universität Leipzig, der Universität Olmütz, der Stadt Bad Kissingen, der Stadt Fürth, der Stadt Marktbreit und dem Synagogenverband Memmelsdorf.

Ziel der alternierend in Europa und Israel stattfindenden Summerschool war an erster Stelle die Vermittlung von Kenntnissen über die Geschichte der Juden in ihren Beziehungen zur nicht-jüdischen Umwelt im Römisch-Deutschen Reich und seinen Nachfolgestaaten. In zeitlicher Hinsicht erstreckte sich das Programm auf die Neuzeit vom

16. bis zum 20. Jahrhundert. Vermittelt werden sollten Überblickswissen sowie vertiefte Kenntnisse zu ausgewählten Themen. Der behandelte Stoff wurde sowohl epochenübergreifend als auch fokussiert auf die Frühe Neuzeit, den profilbildenden Schwerpunkt der Summerschool, behandelt. Neben der Vermittlung inhaltlichen Wissens gehörte die Einführung in die Besonderheiten der Quellenlage zur jüdischen Geschichte sowie die Vermittlung von Einblicken in den Umgang mit jüdischer Geschichte in der Kultur- und Bildungsarbeit zu den Zielen.



Insgesamt nahmen 30–35 Studentinnen und Studenten an den verschiedenen Veranstaltungen teil, wobei sich freilich nur vier (verstärkt durch Dr. Stephan Wendehorst, Leipzig, nun Wien) den Mühen der Quellenarbeit an einem Sonntag unterzogen haben. Vorgestellt wurden zunächst Quellen aus den Beständen des Staatsarchivs, wie die sogenannten Judenmatrikel als Folge des bayerischen Judenedikts von 1813 oder die Ausschreiben

des Ritterkantons Altmühl als Folge der von Kaiser Karl VI. beanspruchten Kronsteuer Anfang der 1720er Jahre, die beide Aussagen zur regionalen Verteilung der Israeliten ermöglichen. Diesem Teil schloss sich die Heranführung der Teilnehmer an Schriftquellen an, die die Erfassung immer persönlicherer Lebensumstände jüdischer Einwohner einzelner Orte – von der sozioökonomischen Situation bis hin zu Verwandtschafts- bzw. Familienbeziehungen – erlauben.

Im Teil Recht und Politik wurden die Kreistagsakten des Fürstentums Brandenburg-Ansbach vorgestellt. Die darin enthaltenen Informationen über die Versorgung der fränkischen Kreistruppen und der Reichsfestung Philippsburg im Spanischen Erbfolgekrieg ermöglichten einen Einblick in die europaweit agierende Schicht jüdischer Großkaufleute. Leseübungen machten die engagiert mitarbeitenden Teilnehmer mit paläographischen Problemen bekannt.

Für das Staatsarchiv Nürnberg hat sich die Teilnahme an der „Summerschool“ trotz des Aufwandes für die Erarbeitung des Programms und die Ermittlung einschlägiger Quellen und der nicht nur auf den ersten Blick geringen Teilnehmerzahl gelohnt, weil sich das Archiv dadurch in der breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit positioniert hat.

Gerhard Rechter

Schriftgutverwaltung

Schwäbische Registratoren zu Gast im Landratsamt Unterallgäu

Seit dem Jahr 2001 fand bereits sieben Mal ein Treffen der Registratoren der schwäbischen Landratsämter im Staatsarchiv Augsburg statt. In diesem Jahr traf man sich im Landratsamt Unterallgäu. Das Amt sorgte großzügig für Verköstigung und Getränke und ließ in der Begrüßung durch den geschäftsleitenden Beamten die Wertschätzung der Arbeit der Teilnehmer für eine funktionierende Verwaltung erkennen.

Am Vormittag wurde über die Situation der Registraturen der Landratsämter (Unterbringung, Auslastung, personelle Ausstattung, Probleme), den Stand der Einführung des vierstelligen Ein-

heitsaktenplanes für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter (EAPI) und die anstehende Abgabe der Zweitschriften der Personenstandsregister berichtet. Inzwischen sind die Registraturen der meisten Ämter personell und räumlich gut ausgestattet, die Aktenaussonderung läuft überall routiniert und mit verlässlichen Listen ab. Gegenseitige Vertrautheit erleichtert die tägliche Arbeit. Die neue Mitarbeiterin der Registratur in Dillingen wurde herzlich im Kreis der Kollegen begrüßt.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen erläuterte zunächst ein Mitarbeiter der EDV-Abteilung des Landratsamtes die in der Mindelheimer Zulassungsstelle eingeführte elektronische Vorgangsbearbeitung inklusive der Sicherungssysteme der

Firma Optimal Systems aus Hannover. Neben technischen Details wurde auch offen über die grundsätzlichen Probleme und Gefahren einer rein digitalen Schriftgutverwaltung diskutiert. Die Einführung eines die gesamte Verwaltung des Landratsamtes umfassenden Dokumentenmanagementsystems ist in nächster Zeit aus Kosten- und Organisationsgründen nicht geplant.



Landratsamt Unterallgäu (Foto: Stefanie Dodel)

Anschließend gab Alfred König seinen Kolleginnen und Kollegen einen Einblick in die Registratur des Unterallgäuer Landratsamtes und erläuterte seine Arbeitsabläufe. Hier gab es für die Teilnehmer viele Anknüpfungspunkte für den Austausch in praktischen Fragen behördlicher Schriftgutverwaltung.

Wegen des Erfolges dieser Zusammenkunft „vor Ort“ ist geplant, weitere Treffen reihum in den schwäbischen Landratsämtern stattfinden zu lassen. Die örtliche Presse, die „Memminger“ und die „Mindelheimer Zeitung“ sowie die „Unterallgäuer Rundschau“ und der „Wochenkurier“ berichtete über die Veranstaltung.

Rainer Jedlitschka

Fortbildung für die Registratoren der Landratsämter im Staatsarchiv Bamberg

Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Archiv und Registraturen effizienter gestaltet werden, um angesichts knapper Ressourcen die wichtige Aufgabe der Aktenaussonderung zu bewältigen und so die historische Überlieferung für die Zukunft zu sichern? – Diese Frage stand im Mittelpunkt einer eintägigen Fortbildungsveranstaltung für die Registratoren der Landratsämter im Regierungsbezirk Oberfranken, die am 2. Juli 2009 im alten Lesesaal des Staatsarchivs Bamberg stattfand. Das Treffen

sollte nach längerer Pause auch der Bestandsaufnahme über die Situation in den einzelnen Registraturen dienen. Der Einladung gefolgt waren Vertreterinnen und Vertreter sämtlicher Landratsämter aus dem Zuständigkeitsgebiet des Staatsarchivs.

Zunächst kamen die Registratoren mit ihren Lageberichten zu Wort. Als drängendste Probleme wurden der Personalmangel, die Raumnot und das

häufige Desinteresse von Seiten der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter an den Belangen der Registratur angesprochen. Meist fehlen Aktenverzeichnisse, die eine zügige Aussonderung und einen raschen Überblick über den Gesamthalt der Registraturen ermöglichen würden. So sind die Aussonderungsrückstände zu erklären, die sich teilweise

deutlich über den im Bayerischen Archivgesetz vorgesehenen Zeitraum von 30 Jahren erstrecken. Besondere Schwierigkeiten bereiteten zudem die Massenakten, namentlich die Baugenehmigungsakten, die in den Landratsämtern nach Aussage der Registratoren rund ein Fünftel der gesamten Papiermenge ausmachen. Hier wäre eine baldige Entscheidung über die generelle Archivwürdigkeit dieses Schriftguts wünschenswert. Auch die seit 2003 erfolgte Umstellung vom alten Einheitsaktenplan auf den neuen bedeutet für die Registratoren einen erheblichen Mehraufwand. Der als Gastreferent geladene Leiter des Staatsarchivs Coburg, Horst Gehringer, lenkte den Blick auf die Vorteile des neuen Einheitsaktenplans. Insbesondere bietet die Neufassung des Einheitsaktenplans die Chance zur Ergänzung der Empfehlungen zu den Aufbewahrungsfristen, was von den Registratoren sehr begrüßt wird. Nur geringe Erfahrungen liegen in den oberfränkischen Landratsämtern mit Datenbank-Fachanwendungen oder elektronischer Vorgangsbearbeitung vor. Bislang sind vor allem bei Massenverfahren wie jenen der Führerscheinstellen unterschiedliche digitale Programme im Einsatz. Eine komplette elektronische Vorgangsbearbeitung ist jedoch noch nirgends eingeführt.

Den Nachmittag gestalteten die Vertreter des Staatsarchivs Bamberg. Anhand einer „Checkliste“ wurden die Schritte des Aussonderungsverfahrens im Einzelnen durchgegangen. Vor allem wurden

die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte in der archivischen Erschließung der Landratsamtsbestände (EDV-Erfassung, Überprüfung der Verzeichnung, Provenienzanalyse) vorgestellt. Gut die Hälfte der Landratsamtsakten im Staatsarchiv Bamberg ist mittlerweile digital verzeichnet. Mit den Landratsämtern Höchstadt/Aisch, Lichtenfels und Münchberg (einschließlich der Landgerichte ä.O. Herzogenaurach, Höchstadt/Aisch, Lichtenfels, Münchberg und Weismain) konnten bereits acht Bestände fertiggestellt und für eine Internetpräsentation aufbereitet werden. Die Landratsämter Bamberg (mit den Bezirksämtern Bamberg I und II und den Landgerichten ä.O. Bamberg I, Bamberg II, Scheßlitz, Burgebrach, Hallstadt und Ebrach) sowie Ebermannstadt (mit den Landgerichten ä.O. Ebermannstadt und Hollfeld) werden bald folgen. Die Aufbewahrung der Akten wurde bei einem abschließenden Rundgang durch das Magazin des Staatsarchivs vorgeführt. Dabei konnten vor allem auch die seit Beginn des Jahres 2009 an das Staatsarchiv abgegebenen Personenstandsregister-Zweitschriften im Magazin besichtigt werden. Fünf von acht Landratsämtern haben diese bereits an das Staatsarchiv abgegeben. Weitere Abgaben der Landratsämter werden folgen.

Als Fazit eines anregenden Tages bleibt festzuhalten: die Lage ist ernst, doch umso mehr ist das Mit- und nicht das Gegeneinander aller Beteiligten gefragt.

Nicola Humphreys

Aufbewahrungsfristenverzeichnis zum Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter

Als die Generaldirektion den neuen Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter (EAPI) herausbrachte (vgl. NACHRICHTEN Nr. 47/2003, S. 5), war klar, dass der EAPI um ein Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen ergänzt werden müsste. Erstellen sollte das Fristen-

verzeichnis das Redaktionsteam für den EAPI, das zeitlich parallel auch die „Fortgeschriebene Fassung 2007“ des EAPI bearbeitete.

Nun erscheint zum 1. Januar 2010 der *Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen (EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis; EAPI Aufbew)*; Stand 1.1.2010. Hrsg. vom Bayerischen Gemeindetag, Bayerischen Städtetag, Bayerischen Landkreistag und von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (*Staatliche Archive Bayerns – Digitale Medien 3*), München 2010, ISBN 978-3-938831-04-5.

Die Aktenplankennzeichen und die zugehörigen Formulierungen sind gegenüber „EAPI-Fortgeschriebene Fassung 2007“ unverändert, der Rechtsstand 2010 bezieht sich auf die Fristfestlegungen und den Rechtsstand zitierter Vorschriften im Aufbewahrungsfristenverzeichnis. Der EAPI mit Aufbewahrungsfristenverzeichnis (EAPLAufbew) gilt für papierbasierte Akten und für IT-gestützte Akten und Dokumentenmanagementsysteme, in die er ohne weiteres implementiert werden kann. Die staatlichen Archive Bayerns und die bayerischen kommunalen Spitzenverbände empfehlen die Verwendung des EAPLAufbew und stellen ihn ihren Mitgliedern sowie allen anderen Interessenten kostenlos zur Verfügung. Die Vorbemerkungen zum EAPLAufbew können auch von der Homepage der staatlichen Archive Bayerns heruntergeladen werden (<http://www.gda.bayern.de>).

EAPI und EAPLAufbew sollen künftig als Einheit behandelt und regelmäßig aktualisiert werden. Anregungen, Wünsche und Vorschläge dazu nimmt die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns gerne entgegen (poststelle@gda.bayern.de).

Mittelfristig wird außerdem die Erarbeitung eines Bewertungskataloges für die Überlieferung der Landratsämter auf der Grundlage des EAPLAufbew angestrebt.

Claudia Pollach, Richard Strunz

Archivpflege

Treffen der schwäbischen Archivpfleger im Staatsarchiv Augsburg

Angeblich ist jeder dritte Deutsche ehrenamtlich tätig. Unter einem „Ehrenamt“ versteht man im Allgemeinen ein freiwillig übernommenes, öffentliches und ehrenvolles Amt, das nicht auf ein Entgelt ausgerichtet ist. Dazu gehören insbesondere

auch die in jedem Landkreis tätigen Archivpfleger, die aufgrund ihrer „Orts- und Fachkenntnisse“ von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns im Einvernehmen mit den Landkreisen jeweils für fünf Jahre bestellt werden. Deren Aufgabe besteht in der Beratung von Gemeinden und ihren Vereinigungen in allen Fragen des kommun-

nenal Archivwesens (siehe www.gda.bayern.de/fachinformationen/archivpflege).

Dass es sich dabei meist um eine harte, oft auch frustrierende Tätigkeit handelt, wurde beim jährlichen Treffen der schwäbischen Archivpfleger am 28. Oktober im Staatsarchiv Augsburg wieder einmal deutlich. Aus den zahlreichen Berichten der Damen und Herren ging hervor, wie schwer es ist und Welch langer Anstrengung es bedarf, bis sich Erfolge bei der gesicherten Unterbringung und der Ordnung hauptamtlich nicht betreuter Gemeindearchive einstellen. Neue Wege konnte dabei Bettina Deubel M.A. aufzeigen, die im April dieses Jahres alle ebenfalls ehrenamtlich tätigen Ortsarchivare im Landkreis Lindau in Nonnenhorn erstmals zusammengerufen hatte. In Anwesenheit des Landrats wurden im dortigen, vorbildlich erschlossenen Gemeindearchiv Vorträge gehalten und über Fachfragen debattiert.

Dies geschah auch im Kreis der Archivpfleger im Staatsarchiv Augsburg. Im Rahmen der Fortbildung referierten Archivrat Rainer Jedlitschka M.A. und Archivamtmann Thomas Steck über „Theorie und Praxis der Aktenaussonderung“. Ausgehend von Artikel 2 des Bayerischen Archivgesetzes, „Archivwürdig sind Unterlagen, die ... von bleibendem Wert sind“, wurden die grundlegenden Fragen der Bewertung und Aussonderung angesprochen. Im Laufe vieler Jahre reift Registraturgut zum Archivgut, das am Ende nach fachkundiger Bewertung sachgerecht, das heißt dauerhaft gelagert wird. Die wertvollen Informationen dieser Dokumente behalten ihre Bedeutung für spätere Generationen. Anhand praktischer Beispiele von archivwürdigem oder zu vernichtendem Schriftgut

bewiesen die Archivpfleger ihre Professionalität auf diesem Fachgebiet.

Peter Fleischmann

Unterfränkische Archivpflegertagung im Staatsarchiv Würzburg

Am 12. Mai 2009 fand im Staatsarchiv Würzburg eine Tagung der unterfränkischen Archivpflegerinnen und Archivpfleger statt. Diese treffen sich in der Regel alle zwei Jahre entweder in Würzburg selbst oder auf Einladung von Landkreisen und Kommunen vor Ort außerhalb Würzburgs.

Mit Beginn des Jahres 2009 sind erfreulicherweise in der Archivpflege in Unterfranken alle Sprengel bzw. Landkreise besetzt. Von den 18 im Amt befindlichen Archivpflegerinnen und Archivpflegern konnten fast alle, nämlich 17, an der Tagung in Würzburg teilnehmen.

Über das aktuelle Thema „Die Auswirkung des neuen Personenstandsgesetzes auf die kommunalen Archive“ referierte Archivdirektor Dr. Bernhard Grau, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Die Fragen an den Referenten zu den einzelnen Bestimmungen und deren Handhabung und die lebhaft Diskussions machten deutlich: Wegen der seit dem 1. Januar 2009 gültigen gesetzlichen Neuregelung und der damit möglichen Übernahme der Erstschriften der Personenstandsbücher vom Standesamt ins Archiv und deren Benützung im Kommunalarchiv besteht noch großer Klärungsbedarf, insbesondere bei kleineren Kommunen. Auch vor dem Hintergrund des neuen Gesetzes wurde empfohlen, dass sich die Kommunen für ihr Gemeindearchiv eine eigene Satzung und eine Gebührenordnung geben und möglichst einen Archivbetreuer bestellen sollten.

Die regelmäßig vom Staatsarchiv Würzburg abgehaltenen Tagungen sind ein wichtiges Forum für die unterfränkischen Archivpfleger, die den Erfahrungs- und Meinungsaustausch untereinander und mit der staatlichen Archivverwaltung gerne nutzen.

Eine überaus informative Führung durch die sehenswerte Röntgen-Gedächtnisstätte der Fachhochschule Würzburg schloss die Tagung ab.

Ingrid Heeg-Engelhart



Projekte

NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut aus staatlichem Archivbesitz auf „Lostart“

Seit einiger Zeit steht die Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts auf der Tagesordnung von Museen, Bibliotheken und Archiven. Eine Umfrage bei den staatlichen Archiven Bayerns, veranlasst durch die seit 2008 bestehenden Förderangebote der Bundesregierung zur sogenannten Provenienzenforschung, ergab diesbezüglich zwar keinen konkreten Förderbedarf – nicht zuletzt dank des für die Archive obligatorischen Provenienzprinzips. Allerdings gewannen dadurch die konkreten Restitutionsbemühungen bei einschlägigen Beständen und Einzelarchivalien neue Impulse.

Aus entsprechendem Kontext stammen so unterschiedliche Unterlagen wie das Protokollbuch der jüdischen Kultusgemeinde Bad Brückenau, das „Archiv“ der jüdischen Weinhändlerfamilie Rindsberg aus Mainbernheim – beide im Staatsarchiv Würzburg – und die im Staatsarchiv Nürnberg verwahrte Registratur des jüdischen Rechtsanwalts Dr. Richard Herz. Bei all diesen Unterlagen besteht ein Überlieferungszusammenhang mit Akten von Behörden, die während der NS-Zeit in Verfolgungsmaßnahmen eingebunden gewesen waren. Das Protokollbuch etwa war vermutlich infolge der Ereignisse vom 9. November 1938 in das damalige Landratsamt Bad Brückenau verbracht und bei der Rückgabe jüdischen Schriftguts nach Israel nach 1945 dort schlicht vergessen worden. Ebenso

mit der sogenannte Reichsprognomnacht lässt sich das Familienarchiv Rindsberg in Verbindung bringen, das durch Beschlagnahme ans Finanzamt Kitzingen gekommen war. Die ursprünglichen Eigentümer waren 1942 in den Osten deportiert und ermordet worden. Dasselbe Schicksal erlitt 1943 Dr. Herz in Auschwitz. Seitdem waren seine umfänglichen Unterlagen beim Amtsgericht Fürth gelagert, ehe sie auf dem Wege der Aussonderung ins Staatsarchiv kamen.

Dort stellen sie, wie auch die übrigen genannten Archivalien, nicht nur in fachlicher Hinsicht einen Fremdkörper dar. Sie begründen vor allem die Aufgabe, rechtmäßigen Erben und Eigentümern den Weg zur Restitution zu eröffnen. Zu diesem Zweck hat sich die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns für alle bayerischen Staatsarchive bei der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste, die von Bund und Ländern getragen wird, registrieren lassen. In deren Datenbank „Lostart“ sind seit Kurzem die genannten Archivalien als Fundmeldungen öffentlich nachgewiesen. Ein Anspruch auf Endgültigkeit kann bei dem hier präsentierten Stand freilich nicht erhoben werden, zumal immer noch mit Abgaben von Schriftgut aus der NS-Zeit zu rechnen ist. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, den beschriebenen Weg konsequent weiter zu beschreiten.

Michael Unger

Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Neuaufbau der Pfalz-Neuburger Bestände im Bayerischen Hauptstaatsarchiv – ein Arbeitsbericht

Die zerrissene Territorialstruktur des Fürstentums Pfalz-Neuburg und ein mehrmaliger Wechsel der Grundsätze bei den archivischen Standortzuweisungen hatten zu einer Aufteilung der schriftlichen Überlieferung des Fürstentums zwischen den Vorgängerarchiven des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und den Archiven in Neuburg, Nürnberg und Amberg geführt. Als Ergebnis der Eingriffe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts stellt sich eine in jeder Hinsicht unzureichende Bestandsstruktur dar. Das aus personellen Gründen über längere

Zeit zurückgestellte Projekt, die heute gültige Zuständigkeit des Bayerischen Hauptstaatsarchivs für die Pfalz-Neuburger Zentralbehörden in provenienzgerechte Bestände umzusetzen, wurde Ende 2008 von neuem angegangen. Dabei werden zunächst zwei Teilbereiche bearbeitet:

Zum einen werden verschiedene Abgaben vor allem der Staatsarchive Nürnberg und Augsburg systematisch zusammengestellt, schrittweise aufgelöst und in die bereits angelegten provenienzreinen Bestände einzelner Neuburger Zentralbehörden (so Hofkammer, Hofrat, Regierung) eingereiht. Für Archivgut, dessen Provenienz noch nicht eindeutig bestimmt wurde, wurde der Auffangbestand „Pfalz-Neuburger Archivalien“ gebildet. Diese Arbeiten dauern noch an.

Zum anderen konnte die Provenienzanalyse des Bestandes „Pfalz-Neuburg Akten“ vorgenommen und abgeschlossen werden. Dieser Bestand (ursprünglich ca. 3400 Akten) umfasst im Kern die Akten, die vom Geheimen Landesarchivar Franz Joseph Samet 1808 und in den Jahren danach aus dem Neuburger Archiv ins Geheime Landesarchiv bzw. Allgemeine Reichsarchiv übernommen worden waren, zugleich aber auch spätere Anreihungen aus aufgelösten Abgaben und Mischbeständen. Da dieser für die Pfalz-Neuburger Geschichte zentrale Aktenbestand durch die ungleichmäßige Erschließung, die disparate innere Ordnung und das Fehlen von übergreifenden Registern nicht angemessen benutzbar war, wurde zugleich die bestehende Verzeichnung, wo nötig, korrigiert, und es wurde durchgehend verschlagwortet. Die Analyse hat ergeben, dass in unerwartet großem Umfang Fremdprovenienzen im Bestand enthalten waren. 225 Akten vor allem der Provenienzen Regierungen Pfalz-Sulzbach und Oberpfalz werden an das Staatsarchiv Amberg abgegeben. Kleinere Abgaben gingen an die Staatsarchive Augsburg, Landshut, Nürnberg und Bamberg. An Provenienzen, die in der Zuständigkeit des Bayerischen Hauptstaatsarchivs verbleiben, werden aus dem Bestand rund 300 Akten kurpfälzischer Zentralbehörden, 200 Akten kurbayerischer Zentralbehörden und 35 Akten des Herzogtums Bayern-Landshut entnommen und in die dafür vorgesehenen Auffangbestände eingereiht. Als Zwischenergebnis soll die bisherige Reihe von Teilfindbüchern durch ein einheitliches, neues Findmittel ersetzt werden, das Orts- und Personenregister sowie Konkordanzen zu den entnommenen Akten enthält.

Für kommendes Jahr ist die noch ausstehende Analyse von Pfalz-Neuburger Teilbeständen geplant, allen voran des mit über 7000 Akten sehr umfangreichen Bestandes „Pfalz-Neuburg Akten, Neuburger Abgabe 1989“. Danach sollen auf der Basis der gesammelten behörden- und bestandsgeschichtlichen Erkenntnisse die zu bildenden Bestände und deren innere Gliederung festgelegt werden, um dann mit dem eigentlichen Bestände-neuaufbau zu beginnen. Entscheidend wird dabei die Frage werden, ob und wie die Bestandsarbeiten des langjährigen Vorstandes des Neuburger Regierungsarchivs, Georg Gottfried Roth (seit 1786), die freilich weder in innerer Gliederung noch in äußerer Einheitlichkeit oder Erschließung dem Standard etwa des kurbayerischen Äußeren Archivs entsprechen, nach dem Prinzip der Archivprovenienz als Kern der neuen Bestandsstruktur dienen können.

Julian Holzapfl, Monika von Walter

Repertorien zu Salzburger Urkundenbeständen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs

Für den Salzburger Urkundenbestand im Bayerischen Hauptstaatsarchiv liegen jetzt die Repertorien der neu gebildeten Bestände Erzstift Salzburg Urkunden, Domkapitel Salzburg Urkunden, Erzstift Salzburg Konsistorium Urkunden, Salzburger Landschaft Urkunden sowie – in digitaler Form – für den Auffangbestand Erzstift Salzburg Pfliegerichte Urkunden vor.

Gemäß dem zwischen Bayern und Österreich geschlossenen Münchener Vertrag von 1816 waren die bereits seit 1803 zu Bayern gehörige einstige salzburgische Exklave Mühldorf am Inn sowie die ehemals salzburgischen Pfliegerichte Laufen, Staufeneck, Teisendorf, Tittmoning und Waging endgültig an Bayern gefallen. Sämtliche Archivalien, die das nunmehr bayerische Gebiet betrafen, waren aus den im Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien lagernden Salzburger Archivbeständen nach München abgegeben worden. Um 1900 löste man im Allgemeinen Reichsarchiv den Urkundenbestand Erzstiftisches und Domkapitelisches Archiv auf und ordnete ihn vor allem den Beständen Gerichtsurkunden und Personenselekt zu. Die neuerliche Zusammenführung der Salzburger Urkunden begann in den 1970er Jahren. In diesem Rahmen entstand eine numerische, nicht provenienzbereinigte Reihe von zunächst 783 Urkunden des Hochstifts und Domkapitels, als „HU Salzburg“ oder „Salzburger Urkunden“ bezeichnet. Dieser Bestand war durch eine Aussteller- und Sieglerkartei erschlossen und für Urkunden ab 1400 mit Kurzregesten versehen. Er wurde in der Folgezeit durch eine chronologische Reihe von Nachträgen ergänzt, die aus den Gerichtsurkundenbeständen entnommen worden waren.

Nach Abschluss der Provenienzbereinigung besteht der neue Bestand Erzstift Salzburg Urkunden aus 583 Urkunden mit einer Laufzeit von 940 bis 1781. Er enthält neben Urkunden, die grundherrschaftliche, geistliche und politische Angelegenheiten regeln, auch Lehenbriefe, Lehenreverse, Quittungen sowie Urkundenabschriften, soweit diese vor 1800 angefertigt wurden. Abschriften, die im 19. Jahrhundert im Rahmen von Austauschaktionen zwischen Wien und München entstanden, wurden dagegen den Unterlagen des Allgemeinen Reichsarchivs zugeführt.

Der Bestand Domkapitel Salzburg Urkunden besteht aus 359 Urkunden mit einer Laufzeit von 959 bis 1749. Neben Stift- und Lehenbriefen, Kaufurkunden und Gerichtsbriefen enthält er eine Serie von erzstiftischen Lehenbriefen, die größtenteils adeliger Vorprovenienz sind und mit dem

Erwerb der entsprechenden Lehengüter an das Domkapitel gelangten. Im Bereich der geistlichen Angelegenheiten findet in erster Linie das vom Domkapitel wahrgenommene Präsentationsrecht für die Propstei Höglwörth seinen Niederschlag. Einzelne Nachlassregelungen gewähren zudem einen Einblick in die Familien- und Vermögensverhältnisse von Salzburger Domkanonikern des 16. bis 18. Jahrhunderts.

Der Bestand Erzstift Salzburg Konsistorium umfasst elf Urkunden im Zeitraum zwischen 1582 und 1788. Sie betreffen ausschließlich das Präsentationsrecht für die Pfarrei Rohrdorf (Lkr. Rosenheim), das der Bischof von Regensburg ausübte. Der Bestand Salzburger Landschaft Urkunden umfasst lediglich neun Urkunden aus der Zeit zwischen 1403 und 1800, darunter ein Exemplar der Igelbundurkunde vom 20. Mai 1403 sowie ein für die Landschaft ausgefertigtes Exemplar der Stiftung eines Dotationsfonds der Salzburger Universität vom 14. März 1800. In den Bestand Erzstift Salzburg Pfliegerichte Urkunden wurden vorerst nur die Urkunden pfliegerichtlicher Provenienzen aufgenommen, die bei der Auflösung der vorgenannten Urkundenbestände übrig blieben.

Die Urkundenregesten geben den Urkundeninhalt in zusammenfassender Form wieder. Alle topographischen Namen (Land, Ort, Gewässer, Flur- und Hofnamen) und Personennamen sind im Regest aufgenommen worden. Ihre Originalschreibweise wird kursiv wiedergegeben. Sämtliche Repertorien sind durch einen Orts- und Personenindex erschlossen.

Monika Ofer

Grenzfälle und Grenzgänger – Die Akten der Bayerischen Staatskanzlei zu DDR-Angelegenheiten

2005 übernahm das Bayerische Hauptstaatsarchiv aus der Registratur der Bayerischen Staatskanzlei einen umfangreichen Aktenbestand zum Verhältnis des Freistaats Bayern zur DDR. Die Akten decken einen Zeitraum von rund 50 Jahren, von 1945 bis 1995, ab und sind in drei große Blöcke gegliedert. So thematisieren die Akten zu Grenzangelegenheiten die verschiedensten Grenzverletzungen und Zwischenfälle, Vermessungen sowie Verunreinigungen grenzüberschreitender Gewässer und überliefern auch die Lageberichte der bayerischen Grenzpolizei. Ein zweiter Block umfasst vor allem Akten über die allgemeinen politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, die Wirtschafts- und kulturellen Kontakte und behandelt Fragen zum

Umweltschutz. Hervorzuheben sind in diesem Abschnitt Unterlagen zu dem vom bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß vermittelten Milliardenkredit aus dem Jahr 1983, zu verschiedenen Abkommen mit der DDR, zu gegenseitigen Staatsbesuchen sowie zu den Vorgängen rund um die Wiedervereinigung. Ein dritter Abschnitt thematisiert die inneren Angelegenheiten der DDR, wie den Umgang mit Vermögenswerten von BRD-Bürgern, Presseverlautbarungen der SED sowie die abgehaltenen Wirtschaftsmessen.

Das Repertorium wird durch ein Orts- und Personenregister abgerundet. Im Personenregister lassen sich bekannte Namen, von Gorbatschow und Honecker bis hin zu Schmidt, Strauß, Stoiber und Beckstein, finden.

Für die Forschung bietet der Bestand vielfältige Ansatzmöglichkeiten, da das Aktenmaterial den gesamten Komplex der zwischenstaatlichen Beziehungen näher beleuchtet. Insbesondere der Bereich Grenzprobleme und Grenzverletzungen enthält bisher kaum beachtete Detailinformationen, die durch zahlreiche Fotos und Luftaufnahmen ergänzt werden. Aufgrund der Laufzeit unterliegt der Bestand gemäß Art. 10 Abs. 3 BayArchivG noch Schutzfristen.

Florian Kislinger, Christoph Bachmann

Neue Findbücher zur bayerischen Wirtschaftsgeschichte

Die seit 2003 laufenden Arbeiten am Bestand des Ministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe (MHIG) sind mittlerweile weit fortgeschritten.

Der Fonds MHIG umfasst die Akten des 1919 gegründeten und 1928 wieder aufgelösten Ministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe sowie seiner Nachfolger, der Abteilung Handel, Industrie und Gewerbe im Außenministerium bis 1933 bzw. ab 1933 bis 1945 im Wirtschaftsministerium. Da die Aufgaben trotz der verwaltungsorganisatorischen Veränderungen praktisch unverändert blieben, folgt die Bestandsbildung der „stabilen Registratur“. Somit sind hier alle Akten der staatlichen bayerischen Wirtschaftsverwaltung auf Ministerialebene im Zeitraum 1919 bis 1945 zusammengefasst. Wegen der teilweise langen Laufzeit der Akten enthält der Bestand auch Informationen über die Zeit seit Ende des 19. Jahrhunderts und den Ersten Weltkrieg.

Vier Findbücher stehen bereits für die Benützung zur Verfügung:

- MHIG 1: Verwaltung und Personal
- MHIG 2: Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten

Die einschlägigen Akten ermöglichen nicht nur, im Verlauf von gut drei Jahrzehnten die bayerische Landwirtschaftspolitik nachzuvollziehen, die auf den Erhalt der kleinen Bauernhöfe abzielte und damit die politischen Rahmenbedingungen und die Gesellschaftsstruktur auf dem Land nicht unerheblich beeinflusste. Die Lebensumstände in den ländlichen Gebieten Bayerns in den ersten Nachkriegsjahrzehnten lassen sich anhand der Akten über die Förderung einer weiteren Elektrifizierung und des Einbaus von Warmwasserleitungen in bäuerlichen Wohnhäusern oder über die Errichtung und Ausstattung der Gemeinschaftshäuser der Bäuerinnen und der Landjugendheime gut nachvollziehen. Hinzuweisen ist auch auf die Akten zur Forschungsförderung, in denen zahlreiche Berichte der mit ernährungswissenschaftlichen sowie land- und forstwirtschaftlichen Untersuchungen beauftragten Stellen enthalten sind. Vor allem die Arbeit der Gesellschaft für Ernährungsbiologie in München mit ihrer Forschungsstelle für Mangelkrankheiten lässt sich auf diesem Wege gut erfassen.

Bei den Akten über das Aus- und Fortbildungswesen reicht das Spektrum vom Vorbereitungsdienst für den mittleren, gehobenen und höheren Staatsdienst, über die Ausbildung zur Dorfpflegerin und die Weiterbildung zum landwirtschaftlichen Facharbeiter bis hin zum Bau, dem Aufgabenwandel und der Abwicklung verschiedenster Bildungseinrichtungen (Schulen bei den Ämtern für Landwirtschaft, Lehranstalten, Landvolkshochschulen, FH und TU Weihenstephan, Landfrauenschulen, Ingenieurschulen für Landbau etc.).

Michael Puchta

Quellen zur Geschichte der Nationalparks in Bayern

Nachdem erste Forderungen nach Errichtung eines großen Naturschutzreservates im Bayerischen Wald bereits im Jahr 1911 erhoben worden waren, kam es Ende der 1930er Jahre zu konkreten Planungen zur Schaffung eines Nationalparks, die aber kriegsbedingt zurückgestellt werden mussten. Auf Initiative von Bernhard Grzimek und des Bundes Naturschutz in Bayern unter Hubert Weinzierl begann 1966 eine erneute Diskussion, die aufgrund des persönlichen Einsatzes des Landwirtschaftsministers Dr. Hans Eisenmann am 11. Juni 1969 in den einstimmigen Landtagsbeschluss zur Errichtung eines Nationalparks im Bayerischen Wald mündete. Die Holznutzung wurde im ganzen Nationalpark eingeschränkt, ein Verbot für Holznutzung auf einer Teilfläche von 2300 ha erlassen sowie der stark überhöhte Rot- und Rehwildbe-

stand reduziert. Die insgesamt positive Resonanz führte im Laufe der Jahre immer wieder zu Erweiterungsplänen, die dann 1997 teilweise gegen den Widerstand der Anrainer vollzogen wurden. Zusammen mit dem tschechischen Nationalpark Böhmerwald bildet der Nationalpark Bayerischer Wald heute die größte zusammenhängende Waldfläche Zentraleuropas.



Dr. Hans Biebelriether, Leiter des Nationalparkamtes Bayerischer Wald (Mitte) erläutert Landwirtschaftsminister Dr. Hans Eisenmann (2. v. rechts) und Innenminister Dr. Bruno Merk (2. v. links) die Informationsausstellung zur Eröffnungsfeier am 7.10.1970 (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MELF 4754)

Die Bemühungen des „Vereins zum Schutz und zur Pflege der Alpenpflanzen“ um Ausweisung eines Schutzgebiets führten 1910 zum „Pflanzenschonbezirk Berchtesgadener Alpen“. Er war rund 83 km² groß und umfasste den südlichen Teil des Königssees, den Obersee sowie die umgebenden Gebirgsmassive. Im Jahr 1921 erfolgte die Errichtung des „Naturschutzgebiets Königssee“ mit einer Fläche von ca. 200 km². Um Bestrebungen zum Bau einer Seilbahn zum Watzmann endgültig einen Riegel vorzuschieben, wurde schließlich am 1. August 1978 durch den Freistaat Bayern der „Nationalpark Berchtesgaden“ gegründet. Er umfasst das Gebiet des ehemaligen Naturschutzgebiets Königssee zuzüglich einer Erweiterungsfläche von knapp 10 km².

Die Nationalparks sollen dem Schutz der gesamten Natur, der Erforschung natürlicher und naturnaher Lebensgemeinschaften sowie der Bildung und Erholung seiner Besucher dienen. Ein wichtiger Teil der Forschung ist die langfristige Umweltbeobachtung. So kann man in Mitteleuropa fast nur noch in Nationalparks natürliche, vom Menschen kaum beeinflusste Abläufe beobachten. Durch die Umweltbildung soll der Nationalparkgedanke vermittelt werden. Ferner sollen die Besucher zu einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen angeregt werden.

Die Überlieferung: Die Abgabe des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu den beiden Nationalparks wurde im Jahr 2004 vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv übernommen. Wegen der historischen Bedeutung der angebotenen Unterlagen erfolgten keine Kasationen. Vor allem die Akten zum Nationalpark Bayerischer Wald dokumentieren ausführlich die gesamte Breite des Tätigkeitsspektrums der Nationalparkverwaltung, angefangen von den Diskussionen über die Errichtung, die wissenschaftliche Aufarbeitung und Erforschung des Nationalparkgebiets sowie die Wiederansiedlung von Wildtieren bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit und zu Bildungseinrichtungen. Auch die Diskussionen um die Erweiterung lassen sich rekonstruieren. Wesentlich schmaler ist die Überlieferung zum Nationalpark Berchtesgaden. Hier sind vor allem Unterlagen zur Errichtung des Parks sowie zu dessen Pflege erhalten. Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, dass im Staatsarchiv München der Bestand „Nationalparkverwaltung Berchtesgaden“ überliefert ist, der aus der Registratur der Nationalparkverwaltung vor Ort gebildet wurde.

Christoph Bachmann

Verzeichnung der Offizierspersonalakten im Kriegsarchiv durch Praktikanten – ein Werkstattbericht

Bei der Verzeichnung der über 80.000 Offizierspersonalakten im Kriegsarchiv handelt es sich um ein Langzeitprojekt, das in den vergangenen Jahren zunehmend mit Hilfe von Praktikanten durchgeführt wurde. Zunächst geht es darum, die in geschnürten Faszikeln aufbewahrten Akten grob zu säubern, in säurefreie Umschläge einzeln zu legen und dann in Stülpedeckelkartons zu verstauen. Es handelt sich um eine der dringlichen Arbeiten des Kriegsarchivs, die, soweit die Zeit neben anderen Aufgaben reicht, vom Magazindienst besorgt wird.

Die Verzeichnung der Offizierspersonalakten folgt einerseits dem straffen Modell der neuen Verzeichnungsrichtlinien. Sie bietet andererseits durch die in der Regel gut lesbare Kanzleischrift der meist aus dem 19. Jahrhundert stammenden Akten auch für Praktikanten ideale Möglichkeiten zum Vertrautwerden mit Archivalien. Die Akten sind eine unschätzbare Quelle nicht nur für personen-, sondern auch für sozial- und wirtschaftsgeschichtlich orientierte Forschungen. Inzwischen sind annähernd 23.000 Nummern in der Datenbank der Abteilung IV abrufbar.

Die Praktikanten machen eine Arbeit, die sonst nicht erledigt werden könnte. Im Gegenzug erhalten sie Einblick in den Arbeitsalltag eines Archivs. Dazu gehören Informationen über Archivrecht, Bestandserhaltung und Aktenaussonderung. Führungen durch die Magazine, in der Restaurierungswerkstatt und der Fotowerkstatt runden das Programm ab.

Johann Pörnbacher

Akten der Oberkommandos und Generalkommandos der bayerischen Armee im Ersten Weltkrieg in der Abteilung IV Kriegsarchiv: Ihre Einzelverzeichnung und Erfassung in der Datenbank

Die Truppenakten der bayerischen Armee, die seit 1920 in großem Umfang in das Kriegsarchiv strömten, wurden in den folgenden beiden Jahrzehnten vorbildlich bearbeitet, berücksichtigt man die damalige Aufgabenstellung und die damaligen Möglichkeiten. Jeweils mehrere Akten wurden allerdings zu umfangreichen Bündeln zusammengeschnürt. Unter Obhut ehemaliger Offiziere, die damals als Archivare im Kriegsarchiv tätig waren, wurden diese sauber nach Provenienzen verzeichnet. Die Findbücher sind klar nach den Geschäftsverteilungs- und Aktenplänen der Weltkriegszeit strukturiert. Bislang ermöglichten diese Findmittel einen für die Forschung zufriedenstellenden Zugang zu den Beständen.

Dem äußeren Erscheinungsbild nach wirken diese Findbücher allerdings eher als Repertorienkonzepte. Die Betreffe wurden nämlich auf bereits einseitig beschriebenen oder bedrucktem Makulaturpapier meist mit Schreibmaschine festgehalten, daneben auch mit handschriftlichen Nachträgen versehen. Diese Verzeichnungsbögen wurden durch Trennpappkartons mit Angabe der Abteilungen und Aktengruppen gegliedert und in Leitzordnern abgeheftet, die einheitlich nach darin enthaltenen Truppenteilen beschriftet wurden.

Repertorien dieser Art zerfallen allmählich beim Gebrauch, es existieren meist nicht einmal Zweitschriften. Auch die in Bündeln zusammengeschnürten Akten unterliegen bei der teilweise regen Benützung einem merklichen Verschleiß. Inzwischen besteht erheblicher konservatorischer Handlungsbedarf.

Einen Schwerpunkt von Forschung und Benützung bilden seit jeher die Bestände der Armee-Ober- und Generalkommandos sowie der 1914 in der Heimat errichteten stellvertretenden Generalkommandos. Letztere enthalten umfangreiches

Material zu Verwaltung und Wirtschaft Bayerns unter dem Kriegszustand.

Die Akten dieser Bestände werden nun vordringlich einzeln gelegt, in Stülpedeckelkartons verwahrt und gleichzeitig in der Beständedatenbank der Abteilung Kriegsarchiv verzeichnet. Damit lassen sich neue, detailliertere Repertorien ausdrucken, und es besteht ein erheblich verbesserter Zugang für die Online-Recherche.

Die Einzelverzeichnung dieser in Deutschland in diesem Umfang einzigartigen Geschichtsquellen in der Datenbank schreitet kontinuierlich voran. Damit verbunden sind Bestandserhaltungsmaßnahmen.

An Beständearbeiten sind etwa zu nennen: Die Neuverzeichnung des Stellvertretenden Generalkommandos I. Armeekorps, Sanitätsamt, war bereits vor Jahren begonnen worden. Der ältere, maschinenschriftliche Teil des Repertoriums wurde nun OCR-gescannt und in die Datenbank importiert. Der Rest wurde neu verzeichnet. Neu bearbeitet sind inzwischen das legendäre bayerische Alpenkorps und das XV. Reservekorps. Auch das Stellvertretende Generalkommando II. Armeekorps, mit den Teilbeständen Sanitätsamt und Intendantur, ist einzeln gelegt, neu tektiert und in der Datenbank erfasst. Repertorien liegen im vorläufigen Ausdruck vor. Der Bestand „Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht“ ist in der Datenbank erfasst.

Lothar Saupe

Neuverzeichnete Nachlässe in der Abteilung V

Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthhauser

Prof. Dr. Kurt Falthhauser verabschiedete sich im Juli 2008 nach 44 Jahren aktiven politischen Lebens mit Ablauf der 15. Wahlperiode des Bayerischen Landtags in den Ruhestand.

Am 24. Oktober 2008 übergab er dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv per Schenkungsvertrag die schriftlichen Unterlagen aus seinen zahlreichen beruflichen Ämtern und Funktionen.

Der Jurist Kurt Falthhauser (* 13.9.1940) trat 1964 der CSU bei und wurde nach etlichen Jahren in der Hochschulpolitik 1972 Vorsitzender des CSU-Ortsvereins Obermenzing und zugleich Mitglied des CSU-Landesvorstands. Von 1974 bis 1980 gehörte er dem Bayerischen Landtag an, wo er im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen tätig war. 1980 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Hier war er zunächst gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Ab 1983 widmete er sich der Finanzpolitik. Sein bundespolitisch höchstes Amt bekleidete er 1994/95 als Parlamentarischer Staatssekre-

tär im Bundesfinanzministerium unter Bundesfinanzminister Theo Waigel. Ab 1995 leitete er in München die Staatskanzlei. Drei Jahre später wurde er erneut in den Bayerischen Landtag gewählt, dem er bis 2008 angehörte. Von 1998 bis 2007 bekleidete er das Amt des bayerischen Finanzministers. Neben seiner politischen Karriere lehrte Kurt Falthhauser seit 1987 an der Volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München, die ihm 1994 den Titel eines Honorarprofessors verlieh.

Der Umfang seines „Nachlasses“ umfasst 25 lfm. Er konzentriert sich ausschließlich auf Falthhausers berufliche Tätigkeit. Persönliche Dokumente sind nicht vorhanden. Zeitlich dokumentiert er nahezu seine gesamten politischen Aktivitäten von 1971 bis 2007. Er enthält Korrespondenzen, Unterlagen zu Terminen und Veranstaltungen, Redemanuskripte, Aufsätze und Zeitungsbeiträge, eine umfangreiche Presseauschnittsammlung und Fotos.

Das inhaltliche Schwergewicht liegt auf den Bereichen Stimmkreis Münchner Westen, Gesundheitspolitik, Finanzpolitik und bayerische Landespolitik.

Das Repertorium des „Nachlasses“ liegt vor, für die Benützung ist er jedoch noch nicht zugänglich.

Landtagsabgeordnete Dr. Hildegard Kronawitter

Mit Ablauf der 15. Wahlperiode des Bayerischen Landtags im Juli 2008 beendete Dr. Hildegard Kronawitter ihr zehnjähriges landespolitisches Wirken als Abgeordnete der SPD sowie ihre fünfjährige Amtszeit als wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Partei und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Technologie (2003–2008).

Dr. Hildegard Kronawitter (* 19.12.1946) ist Diplom-Volkswirtin und Ehefrau des ehemaligen Münchner Oberbürgermeisters Georg Kronawitter. Während der Amtszeit ihres Mannes von 1972 bis 1978 und von 1984 bis 1993 und darüber hinaus bekleidete Kronawitter eine Fülle von Ehrenämtern, wie z.B. Diözesanrätin und Mitglied im Landeskomitee der Katholiken in Bayern, Vorsitzende des Wirtschaftsforums der Sozialdemokratie in München, Kuratoriumsmitglied des Instituts für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München usw. Bei ihrer ersten Kandidatur für den Bayerischen Landtag 1998 im Stimmkreis Erding unterlag sie als Direktkandidatin dem Bayerischen Kultusminister Hans Zehetmair, doch gelang ihr der Einzug in den Landtag über die Wahlkreisliste in Oberbayern. 2003 erzielte sie das zweitbeste Ergebnis eines SPD-

Kandidaten in Bayern. Nachdem sie sich 2008 aus der Landespolitik zurückgezogen hatte, übernahm sie wieder verstärkt ehrenamtliche Aufgaben, wie den Vorsitz des BRK-Kreisverbands München und den Vorsitz der Weiße-Rose-Stiftung.

Am 13. Oktober 2008 gab Dr. Kronawitter per Schenkungsvertrag ihren „Nachlass“ im Umfang von 8 lfm an das Bayerische Hauptstaatsarchiv. Er enthält vor allem Unterlagen aus ihrer Zeit als Landtagsabgeordnete (1998–2008), angereichert durch einige ältere Dokumente aus ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten. Persönliche Unterlagen finden sich kaum, wobei biographische Elemente in vielen Zusammenhängen durchscheinen.

Die politische Arbeit in den beiden Wahlperioden von 1998 bis 2008 bildet den Schwerpunkt des Bestandes. Neben parlamentarischen Schriftstücken und Bürgeranfragen gibt es Dokumente zu ihrer Arbeit innerhalb der SPD-Landtagsfraktion sowie Pressemeldungen, Parteischriftgut, Veranstaltungsmaterial, Reden etc. Inhaltliche Schwerpunkte stellen dar: die Wirtschaft (z.B. Struktur- und Regionalprobleme, Flughafen München), Frauenfragen (z.B. Frauen und Technik, Frauen-Computerschule AG) und historische Themen (z.B. NS-Dokumentationszentrum, Sophie Scholl in der Walhalla). Der „Nachlass“ wird ergänzt durch Manuskripte, Zeitungsbeiträge und zahlreiche Fotos über das politisch-gesellschaftliche Engagement von Dr. Kronawitter.

Das Repertorium des „Nachlasses“ liegt vor, für die Benützung ist er jedoch noch nicht zugänglich.

Sylvia Krauß

Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv

Neuzugänge

Im Mai 2009 wurde das Schriftgut der Heimatstube von Teplitz-Schönau übernommen. Die Heimatstube, seit 1961 angesiedelt in Frankfurt-Höchst, musste wegen des Alters ihrer Organisatoren aufgelöst werden. Die musealen Bestände nahm Klaus Mohr, Sudetendeutsche Stiftung, in Gewahrsam für eine Weiterverwendung im Sudetendeutschen Museum. Im nächsten Jahr soll eine Ausstellung zu dieser Heimatstube im Sudetendeutschen Haus stattfinden.

Fertige Findbücher

Vereinigung der Teplitz-Schönauer (3,6 lfm)

Das Schriftgut ist in der Hauptsache die Vereinsregistratur der Vereinigung der ehemaligen Teplitz-Schönauer, die sich 1949 in der Patenstadt Frankfurt (seit 1953) formierte. Das Schriftgut des

Verbandes spiegelt die ursprüngliche Aufgabe der Vereinigung in den Nachkriegsjahren wieder: es ging um das Auffinden der ehemaligen Bewohner von Teplitz-Schönau nach der Vertreibung, um die Wiederherstellung gewachsener Netzwerke und auch um die Beweisführung über Besitz beim Lastenausgleich. Der 1950 gegründete Bauverein war eine Selbsthilfeeinrichtung, die dafür sorgen sollte die schlimmste Wohnungsnot zu lindern und eine Art landsmannschaftliche Nachbarschaft wieder aufzubauen. Gesellschaftliche Veranstaltungen wie Bälle oder Fahrten sollten den Zusammenhalt stärken.



Vorstand der Vereinigung der Teplitz-Schönauer

Nachlass Harry Hochfelder (1,4 lfm)

Harry, eigentlich Hermann Hochfelder, wurde am 30. Dezember 1914 in Oderberg geboren. Bereits während seiner Zeit am Gymnasium trat Harry Hochfelder sowohl dem sozialistischen Jugendverband als auch der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) bei. Er studierte ab 1933 an der Karls-Universität Prag Geschichte, Philosophie und Philologie. 1936 bis 1938 bekleidete er das Amt des Sekretärs der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker. Des Weiteren hörte er auch bei Professor Herbert Cysarz, der zu diesem Zeitpunkt den Lehrstuhl für Germanistik an der Universität Prag innehatte. Seinen Doktorgrad erlangte er aber erst 1954 an der Universität Erlangen, was den Wirren der damaligen Zeit geschuldet war: Als am 15. März 1939 Hitlers Truppen in Prag einmarschierten sah sich Hochfelder aufgrund seiner politischen Gesinnung gezwungen ins Ausland zu emigrieren. In England arbeitete er in der „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“, die sich rings um Wenzel Jaksch gebildet hatte und sich als Fortführung der DNSAP im Exil verstand. Unter Richard Reitzner, dem Leiter der „Zentralen Kartei“, war er für die Arbeitsvermittlung tätig.

1941 trat er in die britische Armee ein und war von 1942 bis 1944 bei der „Special Operations Executive“ in der Türkei. Nach dem Krieg betätigte sich Harry Hochfelder in der Control Commission der britischen Besatzungszone in Hannover. Seine Stellung ermöglichte ihm einen engen Kontakt mit britischen und deutschen Politikern, wodurch er auch häufig als Verbindungsmann zwischen Alliierten und Deutschen wirkte. Langfristig zog er es aber vor, in London zu bleiben und fand seine politische Heimat ab 1946 in der Labour Party, die er jedoch 1952 aus persönlichen Gründen wieder verließ. Beruflich war er zunächst Beamter im Trade Department und später in leitender Position in der freien Wirtschaft tätig. Er gehörte als Auslandsbeirat dem Sudetendeutschen Rat an. Ab 1972 gab er zusammen mit Willi Wanka den Sudeten-Boten heraus, ein Verbindungsglied zwischen kanadischen Auswanderern und den Angehörigen ihrer Volkgruppe. Er schrieb auch für die Kulturzeitschrift „Sudetenland“.

Zusammen mit anderen Anhängern Jakschs gründete er 1975 den „Wenzel-Jaksch-Kreis“.

Sein genaues Todesdatum ließ sich aufgrund fehlender Unterlagen nicht rekonstruieren.

Nachlass Hans Watzlik (1,2 lfm)

Der Schriftsteller Hans Watzlik wurde am 16. Dezember 1879 in Unterhaid geboren und besuchte das Gymnasium in Budweis, sowie zwei Klassen einer Lehrerbildungsanstalt. Nach weiteren Studienjahren in Prag unterrichtete er zunächst in Andreasberg, später in Neuern, Bezirk Klattau, im nordwestlichen Böhmerwald. Dort erschienen auch seine ersten umfangreicheren schriftstellerischen Publikationen. Unter anderem sein erster Roman, der den Titel *Der Alp* trug und von den Rezensenten als „Meisterleistung eines großen Talents“ gewertet wurde. Seit 1924 wirkte Hans Watzlik unter anderem als Mitglied der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik sowie als Korrespondent für den Völkischen Beobachter. Um fortan als freier Schriftsteller tätig zu sein, gab er sein Lehrerdasein auf. Bereits seine frühen Veröffentlichungen brachten ihm zahlreiche Ehrungen ein. Unter anderem den Tschechoslowakischen Staatspreis für Werke und Leistungen in deutscher Sprache (1931), speziell für den Roman *Der Pfarrer von Dornloh*. Später folgten weitere literarische Auszeichnungen wie der Joseph Freiherr von Eichendorff-Preis der Goethe-Stiftung (1938), die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft (1939) und der Adalbert-Stifter-Preis. Aufgrund seiner Position als Amtsverwalter der Sudeten-

deutschen Partei wurde Hans Watzlik mit Ende des Zweiten Weltkrieges inhaftiert und brachte die Zeit von Juni 1945 bis Juli 1946 in tschechischem Gewahrsam zu. Ende August 1946 wurden er und seine Familie aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. Seine letzten Jahre verbrachte er, durch gesundheitliche Beschwerden infolge der Kerkerhaft geschwächt, auf Gut Tremmelhausen bei Regensburg, wo er am 24. November 1948 starb und in einem Ehrengrab der Stadt Regensburg auf dem Oberen Katholischen Friedhof bestattet wurde.

Nachlass Anni Baier (0,8 lfm)

Anni Baier wurde am 12. Januar 1913 in Weipert im Erzgebirge geboren und machte nach der mittleren Reife in Dresden eine Ausbildung zur Kindergärtnerin, die sie an der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Prag abschloss. Später übte sie ihren Beruf wie auch zahlreiche Ehrenämter neben ihrer Familienarbeit aus. Nach der Vertreibung stellte sie ihr soziales Engagement nicht ein, sondern beteiligte sich aktiv an der Fürsorge für Vertriebene. Bereits 1946 firmierte sie als Vertriebenenbetreuerin im Kreis Osnabrück und stieg dann 1952 zur Kreisfrauenreferentin der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Hochtaunuskreis auf. Sie schaffte den Spagat, gleichzeitig im Bund der Vertriebenen und in der Sudetendeutschen Landsmannschaft Funktionen wahrzunehmen und – zumindest in Hessen – gemeinsame Veranstaltungen anzubieten. 1967 wurde sie Landesfrauenreferentin in Hessen für die Sudetendeutsche Landsmannschaft und 1969 für den Bund der Vertriebenen. 1974 schließlich war sie als Bundesfrauenreferentin an der Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft angekommen.



Bundesfrauenreferentin Anni Baier, Max Streibl, bayerischer Ministerpräsident, im Hintergrund Franz Neubauer, ehemaliger Arbeitsminister und Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft in den 1980er Jahren

Ihre Hauptaufgabe bestand in den frühen Jahren zunächst in der sozialen Betreuung der Vertriebenen, später organisierte sie eher Tagungen und Fahrten, um sowohl die politische Bildung, als auch den Zusammenhalt der Frauengruppen untereinander zu stärken. Wichtig war ihr auch der Erhalt traditioneller Fertigkeiten (wie Klöppeln) oder die Pflege des Liedgutes, worauf sie zur Erhaltung der kulturellen Identität immer wieder hinwies. Sie starb nach Auskunft der Bundesgeschäftsstelle im Oktober 2005 in Bad Homburg.

Die Sprecherkanzleien Hans-Christoph Seebohm (Sprecher: 1959–1967, 8,4 lfm) und *Walter Becher* (Sprecher: 1968–1982, 1,8 lfm) wurden, soweit aufgefunden, verzeichnet und sind benutzbar.

Ingrid Sauer

Staatsarchiv Bamberg

Bestand Fränkischer Kreis im Staatsarchiv Bamberg neu geordnet

Nach dem Geheimen Archiv Bayreuth, dem Geheimen Hausarchiv Plassenburg und der Geheimen Kanzlei des Hochstifts Bamberg hat nun mit dem

Fränkischen Reichskreis der vierte bedeutende Überlieferungskomplex des Alten Reichs im Staatsarchiv Bamberg eine umfassende Neustrukturierung und Neuverzeichnung erfahren. Den Kern des Bestandes bildet die für die Reichskreisforschung in Franken unverzichtbare Überlieferung des vom Hochstift Bamberg ausgeübten Kreisdirektoriums. Der Gesamtbestand von 3843 Archivalien beinhaltet nach der Neuordnung rund 800 Kreisbeschlüsse und Verträge („Abschiede“), 1300 Bände an chronologischen bzw. Spezialakten, 500 Rechnungsbände und zahlreiche geheftete Aktenfaszikel. Erstmals erfasst wurden auch über 500 bisher unverzeichnete Nummern an ungebundenem Material.

Damit wurde Quellengut neu erschlossen, das für die politische Geschichte der Region vom 16. bis zum 18. Jahrhundert hohe Aussagekraft besitzt, war doch der Reichskreis als Dachorganisation der fränkischen Territorien die tragende Kraft, wenn es um die Teilnahme an Reichskriegen, die Niederschlagung von Unruhen sowie die gemeinsame Bekämpfung von Seuchen und Hungersnöten ging. Politisch einflussreich waren vor allem die Hochstifte Bamberg und Würzburg, die Fürstentümer Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Bayreuth



Vom „Kreisarchiv“ zum „Kreisarchiv“ – der Name bezeichnete im 18. Jahrhundert das Archiv des Fränkischen Kreises, im 19. Jahrhundert die Vorgängerbehörde des heutigen Staatsarchivs Bamberg

sowie die Reichsstadt Nürnberg. Durch das relative Machtgleichgewicht innerhalb dieser fränkischen „Pentarchie“ zählte der Fränkische Kreis zu den aktivsten Kreisen der alten Reichsverfassung. Lediglich kurz vor der Auflösung des Ancien Régimes wurde die Funktionsfähigkeit durch das Eindringen Preußens empfindlich gestört. Als Entscheidungsgremium fungierte der Kreistag, eine in unregelmäßigen Abständen tagende Versammlung von Vertretern aller Kreisstände. Die dort erwachsenen Protokolle, Sitzungsunterlagen und Korrespondenzen bilden den Grundstock sämtlicher Kreisaktenüberlieferungen.

Die nun in Bamberg neu geordneten Unterlagen betreffen die beiden zentralen „Behörden“ des Fränkischen Kreises, das Kreisdirektorium und das Kreiskassieramt. Diese nahmen die offiziellen Originaldokumente in Verwahrung, während die Kreisakten der übrigen fränkischen Stände nur deren „Privatakten“ (also die den Kreis und die Vertretung dort betreffenden Unterlagen der jeweiligen Herrschaft) enthalten und daher auch in Zukunft bei den Überlieferungen der jeweiligen Territorien verbleiben werden.

Das Kreisdirektorium hat dagegen eine gemischte Überlieferung erzeugt, da zwischen „privatem“ Schriftgut und Gemeinschaftseigentum der Stände nur unzureichend getrennt wurde. Seit einem Vertrag von 1559 beanspruchte Bamberg neben den übrigen Direktorialrechten auch die „Custodia archivi circuli communis“, d.h. die Verwaltung des gemeinschaftlichen Archivs des Kreises, doch wurde die Gründung eines eigenen Kreisarchivs auf der Basis der bis dahin in der Geheimen Kanzlei verwahrten Bamberger Kreisakten erst spät umgesetzt. Fast ein halbes Jahrhundert lang war der 1764 vom Bischof beauftragte Kreisarchivar Georg Melchior Weber (1735–1803) um eine bessere Trennung der Unterlagen in „private“ und offizielle Dokumente bemüht, konnte dies aber bis zu seinem Tode nicht annähernd abschließen. Die dabei entstandene Systematik des Kreisarchivs diente nach zahlreichen Eingriffen vor allem des 19. Jahrhunderts nun als Richtschnur für die Wiederherstellung. Während Weber die neueren Kreisakten als Sachakten konzipierte (Münz-, Militärakten usw.), blieben die älteren Kreisakten meist in chronologischer Ordnung bestehen. Darüber hinaus bildete Weber die Serien der Druckschriften und Verordnungen des Kreises, der Abschiede der Kreisversammlungen und der zugehörigen Protokolle in ununterbrochener Folge ab 1532 bzw. 1664. Daneben finden sich aber auch Handakten mit „privaten“ Korrespondenzen und Aufzeichnungen der Kreisgesandten, die nicht mehr aus den

Akten entnommen worden waren. Dies weist darauf hin, dass das Kreisarchiv zum Schluss in erster Linie als Altregistratur für die Bamberger Kreisgesandtschaft diente, während für die Zeit vor 1746 auch die kreispolitische Überlieferung der fürstbischöflichen Zentralbehörden Eingang in die Bamberger Kreisakten fand.

Die jüngste Kurrentregistratur der bambergischen Kreisgesandtschaft, die bis zur Selbstauflösung des Kreises 1806 und darüber hinaus in der Tagungsstadt Nürnberg verblieb, ist mit 414 Nummern als eigener Fonds aufgestellt. In ihr spiegelt sich eine durch die napoleonischen Kriege und die revolutionären Umtriebe der Bevölkerung unruhige Zeit.

Der bislang teilweise in Nürnberg verwahrte Fonds Kreiskassieramt bzw. Kreisrechnungen gibt Auskunft über die bemerkenswerte finanzielle Gesamtleistung des Fränkischen Kreises für die Verteidigung des Reiches, aber auch über die häufigen Zahlungsunwilligkeiten oder Zahlungsunfähigkeiten einzelner Stände sowie die im 18. Jahrhundert aufgedeckten Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung der Kreiskasse. Etwa seit 1675 existierte dafür eine eigenständige Registratur im Rathaus der Reichsstadt Nürnberg. Auch die wirtschafts- und sozialpolitischen Anstrengungen haben hier ihren buchhalterischen Niederschlag gefunden, so beispielsweise in den Akten über die Einrichtung einer gemeinsamen Sanitätskommission.

Die militärische Überlieferung der Kreistruppen ist nur zeitweilig in Form von Handakten der Offiziere in das Kreisarchiv eingegangen, während man eine eigenständige Überlieferung der meist von Brandenburg-Ansbach oder Brandenburg-Bayreuth bekleideten militärischen Führungsspitze („Kreisobristenamt“) in den Ansbach-Bayreuther Beständen vergeblich sucht.



Eingang zum Staatsarchiv Bamberg

Ziel der Ordnungsarbeiten war es, die zentralen Bestände erstmals seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts wieder vollständig aufzustellen, insbe-

sondere dadurch, dass die bisher nach dem Pertinenzprinzip verteilten Rezesse und Rechnungen eingereiht wurden. Alle Archivalien erhielten eine fortlaufende Signatur – bis hin zum noch erhaltenen Schild „Kreisarchiv“. Das unter Bischof Adam Friedrich von Seinsheim (1757–1779) gefertigte Schild schmückte wohl den Eingang zum Kreisarchiv in der Neuen Residenz und rückt durch die Darstellung der Einzelwappen das Selbstverständnis des Kreises als korporative Organisation in typischer Weise ins Bild. Durch die gleichförmige sachbezogene Gliederung und die digitale Erfassung der Findmittel ist ein präziser Zugriff auf die Unterlagen möglich. Eine Konkordanz zu den bisherigen Signaturen ist vorhanden. Es bleibt nunmehr zu hoffen, dass die archivische Bearbeitung der Forschung neue Impulse geben wird.

Nicola Humphreys

Neuaufbau der Bestände der bayerischen Bauverwaltung im Staatsarchiv Bamberg abgeschlossen

Ähnlich wie im Forstbereich, allerdings nicht in der Masse, führten die Verwaltungsreformen der letzten Jahre im Bereich der Bau- und Wasserwirtschaftsverwaltung auf Betreiben des Staatsarchivs Bamberg hin zu erheblichen Aktenabgaben. Dies gilt insbesondere für die aufgelösten Wasserwirtschaftsämter Bamberg und Bayreuth sowie die zum neuen Wasserwirtschaftsamt Kronach aufgewertete ehemalige Außenstelle Kronach des Wasserwirtschaftsamts Hof, deren Altregistratur noch zahlreiche Akten bis ins frühe 19. Jahrhundert bot. Im Bereich der Bauverwaltung dagegen bewirkten insbesondere die Zusammenlegung der Hochbau- und Straßenbauämter Engpässe in den Registraturen, vor allem jener des Staatlichen Bauamts Bayreuth, die sowohl zu Anbietungen im Straßen- wie im Hochbaubereich führten.

Da im Staatsarchiv Bamberg bereits vor dieser Abgabewelle damit begonnen worden war, am Beispiel des ehemaligen Landbauamts Hof die am Fach als Abgabegemeinschaft stehenden Fonds im Baubereich aufzulösen (Hans Schmittinger), wurde entschieden, gemeinsam mit den neu hereinkommenden Akten auch die in den unterschiedlichen Beständen bereits vorhandenen Akten neu in der Bamberger Beständedatenbank zu erschließen und sukzessive die entsprechenden Fonds zu bilden. Diese über knapp drei Jahre laufende Maßnahme kann nun – abgesehen von weiter zu erwartenden Abgaben – als abgeschlossen gelten.

Voraussetzung für den provenienzgerechten Aufbau der Fonds war die Beschäftigung mit der

wechselhaften Behördengeschichte der Bauverwaltung in Oberfranken. Da von den bis 1826 bestehenden Wasser- und Straßenbaudirektionen Bamberg und Bayreuth bisher kaum Akten gefunden werden konnten, bilden die vier Fonds der von 1826 bis 1858 existierenden Bauinspektionen (Bamberg, Bayreuth, Hof, Kulmbach) den Anfang, worauf die in Oberfranken äußerst engmaschig und etlichen Veränderungen unterworfenen Baubehörden des Zeitraums 1858–1872 folgen (Bamberg I und II, Bayreuth, Forchheim, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels – das 1863 Pottenstein ablöst –, Wunsiedel). Diese Behörden vereinten, wie dies seit 2006 wieder der Fall ist, den Hoch- und Tiefbaubereich. Erst die Verwaltungsreform des Jahres 1872 bewirkte eine Trennung dieser Verwaltungen. Es entstanden in Oberfranken für den Bereich Hochbau die Landbauämter Bamberg, Bayreuth und – ab 1889 – Hof und für den Bereich Tiefbau die Straßen- und Flussbauämter in Bamberg und Bayreuth. Letztere wurden seit 1912 ergänzt durch das neu gebildete Straßen- und Flussbauamt Kronach, das regionale Zuständigkeiten vor allem von dem Straßen- und Flussbauamt Bamberg übernahm.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde den Straßen- und Flussbauämtern die Zuständigkeit für Kulturbaumaßnahmen genommen. Zunächst stellte man im Vorfeld der Reform des bayerischen Wasserrechts ab 1902 bei jedem Kreis (= heutige Bezirksregierung) Kulturbauingenieure an. Nach der Verabschiedung des neuen Wassergesetzes übernahm der Staat den gesamten technischen Kulturbaudienst und errichtete 1908/09 parallel zur Organisation der Landbauämter Kulturbauämter. In Oberfranken entstanden Kulturbauämter in Bayreuth und Bamberg, sowie ab 1920 das Kulturbauamt Hof. Die Kulturbauämter wurden 1941 in Wasserwirtschaftsämter umbenannt; Sprengel und Zuständigkeit blieben relativ stabil. Die von den Kulturbauämtern abgeschlossenen Akten bilden daher im Staatsarchiv Bamberg keine eigenen Fonds, sondern sind Teilfonds der Wasserwirtschaftsämter Bayreuth, Bamberg und Hof.

Im Zuge der Neuordnung der Staatsbauverwaltung 1953 kam es zur Auflösung der Straßen- und Flussbauämter. Deren wasserwirtschaftliche Aufgaben übertrug man an die bestehenden Wasserwirtschaftsämter, die Straßenbauaufgaben gingen an die neu geschaffenen Straßenbauämter Bamberg und Bayreuth. Als Ausnahme bestand allerdings in Kronach das Straßen- und Flussbauamt unter der Bezeichnung Straßen- und Wasserbauamt Kronach bis 1972 fort.

Als Ergebnis der gesamten Erschließungsmaßnahme liegen nunmehr digital im Intranet verfügbar sowie ausgedruckt Repertorien für insgesamt 25 neue provenienzreine Bestände vor, zu welchen als besondere Behörde auch das Wasserstraßenamt Bamberg (mit Vorakten der Kanalbauinspektion Bamberg) gehört. Ihre Präsentation als online-Findmittel auf der Homepage der Generaldirektion wird angestrebt. Die Strukturierung der Bestände erfolgte mit Hilfe eigens erstellter, an den Aufgaben der Behörden orientierter Aktenpläne. Bewegt wurden im Laufe dieser Aktion insgesamt 9500 Akten und Pläne im Umfang von 235 lfm. Dabei wurden auch zahlreiche Akten insbesondere der Landgerichte ä.O. sowie der Bezirks- und Landratsämter ermittelt, die ihren Provenienzbildnern zuzuordnen waren. Zugleich konnte durch die Abgabe der Akten, die nicht in die Zuständigkeit des Staatsarchivs Bamberg fallen, an die zuständigen Archive auch ein Beitrag zur archivischen Bestäubereinigung in Bayern geleistet werden. Einziger Wermutstropfen ist, dass aufgrund von Platzmangel die Akten der Wasserwirtschaftsämter in ein Depot ausgelagert werden mussten.

Klaus Rupprecht

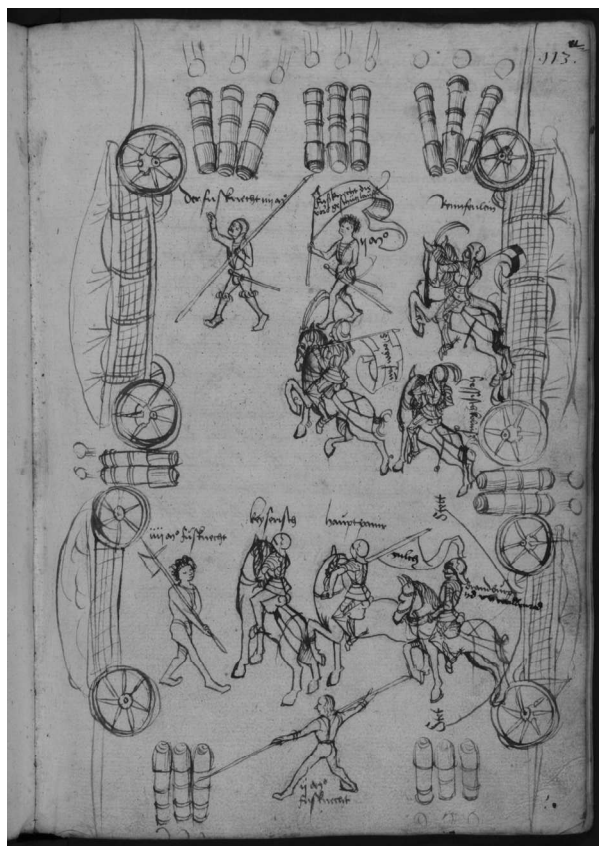
Staatsarchiv Nürnberg

Neu bearbeitetes Findbuch im Staatsarchiv Nürnberg: Fürstentum Brandenburg-Ansbach – Geheimes Archiv, Herrschaftliche Bücher

Die Überlieferung des Fürstentums Brandenburg-Ansbach gliedert sich in zwei große Teile: Zum einen das „Geheime Archiv“ zu Ansbach, eine zentral gebildete Sammelstelle von wichtigen Dokumenten der Ansbacher Hohenzollern und ihrer Landesherrschaft, und zum anderen die Registraturen der Zentral-, Mittel- und Unterbehörden. Gemeinsam mit dem Fürstentum Brandenburg-Kulmbach/Bayreuth nutzte man das Geheime Hausarchiv auf der Plassenburg (heute im Staatsarchiv Bamberg), aus dem man sich für das Geheime Archiv Ansbach oftmals beglaubigte Abschriften beschaffte.

Die „Herrschaftlichen Bücher“ sind ein kleiner, aber bedeutender Bestand des Geheimes Archivs Ansbach, der sich aus Amtsbüchern, Kopialbüchern und gebundenen Akten überwiegend des 15. bis 17. Jahrhunderts zusammensetzt. Als Provenienz dieser Bände im strengerem Sinn darf weitgehend der Ansbacher Hofrat mit der Kanzlei gelten.

Inhaltlich handelt es sich überwiegend um Sammlungen zu herrschaftlichen Besitz- und Rechtstiteln, so etwa kaiserlichen Belehnungen oder den Besitz-



Ein befestigtes Heerlager (Wagenburg) unter Beteiligung des Markgrafen von Brandenburg, Federzeichnung wohl von Konrad Kornburger um 1490 (Herrschaftliche Bücher 3, fol. 113r)

titeln des Fürstentums Jägerndorf. Der Übergang zu Gegenständen der zollerischen Familie ist fließend, wie abschriftlich gesammelte Eheverträge und Erbvereinungen zeigen. Mitunter hat man Bände zu Spezialfällen angelegt, wie der Auseinandersetzung mit den Schenken von Limpurg wegen Geleitbruchs, mit den Herren von Streitberg oder die Vermittlungen im Streit zwischen von Berlichingen und von Rosenberg. Eine Abgrenzung zur Serie der Kopialbücher ist nicht immer eindeutig. Die Abwesenheit des Markgrafen schlug sich in mehreren Bänden mit Korrespondenz nieder, so etwa für die 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts in mehreren „böhmischen“, „brandenburgischen“, „märkischen oder fränkischen Büchern“, oder im Band über die Ansbacher Statthalterschaft während des Aufenthalts Markgraf Georgs in Schlesien 1531 bis 1532. Vom fürstlichen Geldbedarf in der Reformationszeit zeugt das Inventar über das Kirchenggerät, die Kleinodien und Ornate in den Kirchen, Stiften und Klöstern des Fürstentums unter- und oberhalb Gebürgs aus dem Jahr 1529. Besonders hervorzuheben ist das Buch Ludwigs d.Ä. von Eyb über militärische Ordnungen, Kampfgerichte, die Landgerichtsreformation, fürstliche Leichenbegängnisse, Feierlichkeiten und anderes aus dem Jahr 1492

(Edition durch Matthias Thumser (Hrsg.): Ludwig von Eyb der Ältere (1417–1502); Schriften (Gesellschaft für Fränkische Geschichte Reihe I: Fränkische Chroniken Bd. 6); Neustadt a.d. Aisch 2002).

Der Bestand erlitt durch Abgaben an das Geheime Hausarchiv Plassenburg 1769 und 1778 geringe Einbußen, jedoch konnten diese Bände mit Archivalien des Staatsarchivs Bamberg identifiziert und im Findbuch nachgewiesen werden. 1821 wurden auch zwei Bände an das k. Allgemeine Reichsarchiv (heute Bayerisches Hauptstaatsarchiv) in München abgegeben. Sie sind bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts verschollen.

Die Bestandsrekonstruktion folgte dem handschriftlichen Findbuch des 18. Jahrhunderts. Hierbei wurden auch die heute fehlenden Bände aufgenommen, um künftige Bestandsergänzungen zu erleichtern. Vorhanden sind 56 von vormals 77 Herrschaftlichen Büchern. Hinzu kommen zwei vom Historischen Verein für Mittelfranken erworbene Archivalien (2 Bände „Ordebuch“ für den Scharfrichter des Fürstentums 1575–1603). Das neue Findbuch wird in Kürze auch online im Internet verfügbar sein.

Daniel Burger

Archiv der Fürsten Wrede verzeichnet

Im Staatsarchiv Nürnberg konnten die Ordnungsarbeiten für das aus mehreren Teilfonds bestehende Archiv der Fürsten Wrede zu Ellingen abgeschlossen werden. Damit wird die Überlieferung der Herrschaft Ellingen und der Familienarchive Wrede und Vieregg für die Forschung verfügbar. Im Bestand „Herrschaft Ellingen“ ist auch Schriftgut der Deutschordens-Landkommende Ellingen, des Fürstentums Ansbach – war doch das Amt Weimersheim des Klosteramts Wülzburg 1815 in den Besitz des Fürsten Wrede gekommen – und des Klarenamts zu Nürnberg (nur über Güter zu Ettenstatt) enthalten. Hinzuweisen gilt es noch auf die ebenfalls als eigenen Bestand verzeichnete „Gräflich von Opperdorffsche Gutsverwaltung Niederthomaswaldau“ (Schlesien), die mit einem Umfang von nur drei Archivkartons lediglich den Zeitraum der 1930er und 1940er Jahre abdeckt.

Das Archiv war mit einem Erschließungsvertrag von 1996 in der Folgezeit an das Staatsarchiv Nürnberg gegeben worden. Die umfangreichen Rechnungsbestände und die Archivalien aus der Zeit des Deutschen Ordens sind bereits 2002 nach der Erschließung in das Schloss Ellingen zurückgekehrt.

Die nicht unaufwendige Neuverzeichnung orientiert sich an einem in den 1920er Jahren von der

Gutsverwaltung selbst erarbeiteten Findbehelf, der allerdings zuweilen recht knapp und cursorisch ausgefallen war. Im Zuge der Erfassung der seitdem neu angefallenen und bislang unverzeichneten Akten v.a. der Gutsverwaltung Wrede war es erforderlich, der vorhandenen Gliederung neue Rubriken hinzuzufügen.

Das Familienarchiv Vieregg mit der Hofmark Pähl (nördlich von Weilheim/Obb.) hat einen Umfang von ca. 9 lfm und einen zeitlichen Schwerpunkt im 18. und 19. Jahrhundert. Der Bestand endet nicht 1864 mit dem Ableben des Grafen Karl Matthäus, dessen Tochter Helene 1856 den Sohn Karl Friedrich des Fürsten Carl Philipp v. Wrede geheiratet und den Besitz an diesen gebracht hatte, sondern geht zeitlich darüber hinaus. Dabei ergeben sich Verknüpfungen zum Familienarchiv der Fürsten Wrede, das außer Urkunden von 1713 bis 1966 (Bundespräsident Heinrich Lübke verleiht Maria Ilka Fürstin v. Wrede das Bundesverdienstkreuz am Bande) weitere Quellen zur Personalgeschichte und zum Privatbesitz des Hauses enthält.

Das Gutsarchiv Wrede mit Unterlagen der Landwirtschafts- und Forstbetriebe sowie der Brauerei umfasst knapp 49 lfm. Zeitlich beginnen die Archivalien der einzelnen Rubriken nicht erst mit der Dotation des bayerischen Generalfeldmarschalls Carl Philipp Josef Wrede am 24. Mai 1815, der 1814 in den Fürstenstand erhoben worden war, sondern enthalten auch Schriftstücke der „bayerischen Zeit“ ab 1806. Der Schwerpunkt des Bestands liegt insgesamt im 19. Jahrhundert, wobei sich Schriftgut bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein findet.

Annett Haberlah-Pohl, Gerhard Rechter

Archiv der Freiherren von Süßkind, Schloss Dennenlohe, abschließend verzeichnet

Im Jahr 2004 gelangte das Schlossarchiv Dennenlohe mit Erschließungsvertrag zur Neuordnung ins Staatsarchiv Nürnberg. Die Adelherrschaft Dennenlohe mit Zugehörungen auch in Ober- und Unterschwaningen, Unterasbach, Lentersheim, Sachsbach und Ehingen hat in ihrer 900jährigen Geschichte viele Besitzer gesehen. Das jetzige Barockschloss wurde 1734 durch den Ansbacher Hofbaumeister Leopold Retty für Paul Martin Freiherr Eichler von Auritz errichtet. 1773 wurde das Gut für 153.500 Gulden an Johann v. Fries verkauft, 1800 erwarb es Graf Karl v. Pappenheim, der es Albert v. Pappenheim schenkte. Von diesem kaufte es 1825 der Augsburger Bankier Johann Gottlieb v. Süßkind. Das in den 1990er

Jahren vorbildlich restaurierte Schloss ist heute im Besitz der achten Generation der Familie. Der Schlossgarten ist der größte Rhododendron-Park Süddeutschlands.

Das bislang nur unzulänglich erschlossene Archiv (Altreptorium von 1839 mit Nachträgen) besteht aus einer Urkundenreihe von 39 Urkunden (meist Lehenurkunden von 1430 bis 1827) und insgesamt 2120 Akten und Rechnungen (37 lfm Akten und 19 lfm Rechnungen). Neben den „Familiensachen Süßkind“ (ab 1824) findet sich die umfangreiche Überlieferung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit (Verleihung der Hochgerichtsbarkeit 1776, Kriminalsachen ab 1746, Fornikationen ab 1717) bzw. des Patrimonialgerichts von 1806 bis 1848 sowie der Dorf- und Gemeindeherrschaft (Markungssachen ab 1487), der Grundherrschaft (Handlohnprotokolle ab 1762) und der Ökonomieverwaltung (Schäferei ab 1509, Meierei ab 1744). Hinzuweisen gilt es noch auf Kirchen- und Schulsachen (ab 1651), Judensachen (ab 1755) sowie

auf die ritterschaftlichen Angelegenheiten (ab 1579). Besondere Beachtung verdienen zwei Salbücher von 1657 und 1773, die „Amtsrechnungen“ von 1590 bis 1957, die bereits in der Zeit der v. Leonrod beginnen und nur von 1631 bis 1644 eine größere Lücke aufweisen, sowie die Oberschwäninger Gemeinde- und Heiligenrechnungen (ab 1706 bzw. 1630).

Bei der zumeist durch Jürgen Wyschkon durchgeführten und 2007 am Fach abgeschlossenen Verzeichnung wurde versucht, die brauchbare alte innere Gliederung beizubehalten. Die Archivalien werden nach dem endgültigen Abschluss der Tektierarbeiten in der Sicherungsverfilmungsstelle des Bayerischen Hauptstaatsarchivs mikroverfilmt und entsprechend der Bestimmungen des Erschließungsvertrages nach Dennenlohe zurückgeführt werden. Für die Benützung im Staatsarchiv stehen dann Arbeitsfilme zur Verfügung.

Gerhard Rechter, Jürgen Wyschkon

Bestandserhaltung

Stark geschädigter Plan aus der Überlieferung der Saline Reichenhall restauriert

Im Anschluss an die Übernahme der Überlieferung der Saline Reichenhall ins Staatsarchiv München im Jahr 2007 (siehe NACHRICHTEN Nr. 54/2008, S. 24f.) wurden 823 Einheiten des umfangreichen Bestands an handgezeichneten Karten und Plänen in der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs konservatorisch, in Einzelfällen auch intensiv restauratorisch behandelt.

Ein auf Papier gezeichneter, kolorierter Plan aus dem frühen 17. Jahrhundert, der unter anderem die Lage einer Brücke über die Saalach zeigt (Saline Reichenhall, Karten und Pläne, vorl. Nr. XX 29), erforderte aufgrund seiner Größe (215 cm x 134 cm), seines unregelmäßigen Formats und seines äußerst schlechten Erhaltungszustandes spezielle Überlegungen hinsichtlich der anzuwendenden Restaurierungstechnik und der zukünftigen Lagerung.

Der Plan war in sieben Teile auseinander gebrochen, sämtliche Einzelteile wiesen erhebliche mechanische Schäden wie oberflächlichen Abrieb, Risse, Falten und Fehlstellen auf. Weitere Schäden entstanden durch oberflächliche Verschmutzung, Flecken und korrosiv wirkende kupferhaltige Farbstoffe im Bereich der grünen Kolorierung. Ursprünglich bestand der Plan aus acht Teilen, die

ungeachtet der Laufrichtung, d.h. des Faserverlaufs des Papiers zusammengeklebt wurden. Die Feuchtigkeitzufuhr durch Zeichnung und Kolorierung führte dabei zur Faltenbildung des Papiers.

Nachdem der Plan vorher u.a. fotografisch genau dokumentiert wurde, begann man mit der Trockenreinigung. Mit Hilfe eines weichen Pinsels sowie eines Latexschwamms konnte der oberflächliche Schmutz unter Beachtung der empfindlichen Farbschichten auf der Vorderseite abgenommen werden. Vor der weiteren Behandlung wurden die Farben auf ihre Beständigkeit gegenüber Wasser und Ethanol getestet; das Ergebnis war positiv. Die Risse wurden mit dünnem Japanpapier geschlossen, die Fehlstellen mit Japanpapier ergänzt. Anschließend wurden die losen Teile passgenau zusammengesetzt und rückseitig mit dünnem Japanpapier kaschiert. Als Klebstoff wurde Shofu, ein proteinfreier Weizenstärkekleister, verwendet. Abschließend erfolgte die Trocknung zwischen Polyestervliesen und Löschkarton. Zuletzt wurde der Plan großformatig schutzverfilmt.

Die Verpackung wurde nach den Vorgaben der Restaurierungswerkstatt von einem Dienstleister angefertigt. Sie besteht aus einer Hülse aus spiralgewickeltem Museumskarton mit einer Länge von 140 cm und einem Durchmesser von 15 cm, bei einer Wandstärke von 2 cm. Auf die Hülse, die als Kern dient, wird der Plan mit einer Zwischenlage

aus Archivpapier gerollt; zur Fixierung dient ein beidseitig angebrachter Klettverschluss. Die Hülse wird, seitlich abgestützt, liegend in einer Stülpedeckelbox aus alterungsbeständigem Mikrowellkarton aufbewahrt.

Die Erhaltung dieses lokal- und technikgeschichtlich bedeutenden Plans konnte damit langfristig gesichert werden.

Irene Meyer



Planausschnitt

Bayerische Präsentation beim Nationalen Aktionstag Bestandserhaltung

Vor fünf Jahren von einer Allianz aus Bibliotheken, Archiven und anderen kulturellen Institutionen ins Leben gerufen, ist der „Nationale Aktionstag für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts“ zu einer festen, öffentlichkeitswirksamen Einrichtung geworden. An jährlich wechselnden Orten angesiedelt, fand er 2009 am 5. September in den Räumen des Landesarchivs Baden-Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg und des Landesarchivs Baden-Württemberg, Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut in Ludwigsburg statt. Über 260 Besucher nahmen an Führungen durch Magazine und Restaurierungswerkstätten teil, informierten sich an 16 Projektständen, hörten Kurzvorträge und verfolgten eine Podiumsdiskus-

sion über Notfallverfahren der letzten Jahre. Unter dem diesjährigen, vom Archiveinsturz in Köln geprägten Motto „Was lehrt uns die Kölner Katastrophe?“ standen aktuelle Strategien zur Sicherung und Rettung schriftlichen Kulturguts im Zentrum. Auch wenn den Bergungsmaßnahmen in Köln und den dortigen Schadensbildern besondere Aufmerksamkeit galt, stießen die Präsentationen der übrigen beteiligten Archive und Bibliotheken ebenfalls auf reges Interesse.

Der Beitrag des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, das wie schon in den Vorjahren mit einem Präsentationsstand vertreten war, behandelte eine Archivkatastrophe, die der in Köln weder von der Schadensdimension, noch von den Folgewirkungen her wesentlich nachstand. Da sie fast 50 Jahre zurückliegt, ist sie weitgehend aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden: der Großbrand

des Staatsarchivs Landshut auf der Burg Trausnitz im Oktober 1961. Etliche der damals geschädigten Archivalien des Staatsarchivs Landshut und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs wurden erst in jüngster Zeit einer umfassenden Konservierungsmaßnahme unterzogen (vgl. NACHRICHTEN Nr. 56/2009, S. 30 f.).

Beim Ludwigsburger Aktionstag wurden aus bayerischer Sicht zwei Aspekte betont: Im ersten Schwerpunkt ging es darum, an eine denkwürdige Archivkatastrophe zu erinnern, zu deren Bewältigung seinerzeit weitaus einfachere technische Mittel zur Verfügung standen als heute. Wie angesichts der ungünstigen Handlungsbedingungen in den frühen 1960er Jahren große Mengen an Archivgut geborgen und instand gesetzt, Konsequenzen für Brandschutz, Magazinbau und Erschließung gezogen und Impulse für die Sicherungsverfilmung gewonnen wurden, nötigt auch in der zeitlichen Distanz Respekt ab. Einzelne damalige Entscheidungen gerade über Restaurierungsmaßnahmen sind aus heutiger Sicht problematisch. Im zweiten Schwerpunkt der Präsentation wurde in einer Gegenüberstellung der Bestandserhaltungsstrategien der Jahre 1962–1965 und 2007–2009 sichtbar, wie sich die technischen Möglichkeiten, aber auch die Ziele der Schadensbehebung bei brandgeschädigten Archivalien im Lauf der Zeit verändert haben. Den beiden Vertretern des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, dem Referenten für Archivtechnik Gerhard Fürmetz und dem Leiter der Restaurierungswerkstatt Klaus Rieger, ging es vor allem darum, die Vorteile einer konservierenden, mit Mikroverfilmung gekoppelten Maßnahme gegenüber einer mit Spätfolgen behafteten Massenlaminiierung aufzuzeigen, wie man sie in den Jahren nach dem Landshuter Archivbrand vorgenommen hatte.

Zur Veranschaulichung wurden drei teilverbrannte Briefprotokollbände in einer Vitrine ausgelegt: ein unbehandeltes, ein vor rund 45 Jahren laminiertes und ein nach aktueller Methode trocken gereinigtes, neu verpacktes Exemplar. Eine Ausstellungstafel zeigte anhand ausgewählter Fo-

tos und einer Grafik, wie man bis 1965 angebrannte und löschwassergeschädigte Archivalien trocknete und maschinell einbettete, und wie aktuell mit den letzten ca. 1.350 bis dahin unrestaurierten Bänden und Akten verfahren wird. Ergänzend lag ein Fotoalbum mit Bildern von den seinerzeitigen Landshuter Lösch-, Bergungs- und Instandsetzungsmaßnahmen aus.



Archivoberrat Gerhard Fürmetz, Referent für Archivtechnik, Klaus Rieger, Leiter der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs (Foto: Laslo Capo, Landesarchiv Baden-Württemberg, Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut, Ludwigsburg)

Als augenfälliger Kontrast zu der aus ökonomischen Überlegungen heraus seit 2007 entwickelten Münchner Strategie, bei der es in erster Linie um Bestandssicherung geht und zugleich darum, die schadhafte Archivalien nach Jahrzehnten wieder benutzbar zu machen, erwies sich in Ludwigsburg ein benachbarter Informationsstand der Herzogin Anna Amalia Bibliothek Weimar. Die vom dortigen Großfeuer 2004 angesengten Stücke werden in einem ungleich teureren, technisch aufwändigen Nassverfahren einzelblattweise aufbereitet. Dass ein solches Vorgehen in Einzelfällen durchaus angezeigt sein kann, haben auch die Projekterfahrungen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv gezeigt.

Gerhard Fürmetz

Fortbildung

Brandschutzübung im Staatsarchiv Augsburg

Die Richtlinie zum vorbeugenden Behördenselbstschutz sieht vor, dass in jeder Dienststelle des Freistaates Bayern einmal im Kalenderjahr eine Alarmierungs- und Evakuierungsübung stattfindet. Ergänzend zu dieser Maßnahme organisierte der

Notfallbeauftragte des Staatsarchivs Augsburg im Juli dieses Jahres für die Mitarbeiter des Hauses eine Brandschutzunterweisung durch das städtische Amt für Brand- und Katastrophenschutz.

Die halbtägige Veranstaltung wurde durch einen Angehörigen der Berufsfeuerwehr Augsburg ge-

staltet und gliederte sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil. Zunächst behandelte der Referent mittels Powerpoint inklusive kurzer Filmsequenzen (Fettexplosion, Sofabrand durch Kerze) und Anschauungsmaterial folgende Themen: Verbrennungslehre (chemisch-physikalische Grundlagen, Zündquellen), Löschmittel (Ersticken, Kühlen, Brennstoffentzug), Löscheräte, allgemeine Maßnahmen zur Brandverhütung und das richtige Verhalten im Brandfall (Ruhe bewahren, Brand melden, in Sicherheit bringen, Löscherversuche unternehmen). Dabei wurde jeweils speziell auf die Situation im Staatsarchiv (Brandlast, Feuermeldeanlage, Löscheräte, Flucht- und Rettungswege) eingegangen. Einzelne Punkte wurden vertieft, z.B. die besonderen Gefahrenherde Sozialraum (Wasserkocher, Herd) und elektrische Anlagen (EDV) sowie die immer wieder unterschätzte Gefahr von Rauchgasen (Vergiftung, Verbrennung, Verlust der Orientierung).

Anschließend wurde auf dem Behördenparkplatz an einem mit Propangas betriebenen Feuerlöschtrainer das richtige Löschen von Klein- und Entstehungsbränden geübt. Dabei wurde auch die Rückzündung eines Brandes simuliert. Als Löschmittel standen Wasser und Kohlendioxid zur Verfügung.



Die Teilnehmer beurteilten die Schulung als sehr informativ. Die praktische Löscherübung ist eine unverzichtbare Ergänzung. Der beste Feuerlöschgerät nutzt nichts, wenn er nicht zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt wird oder ihn keiner bedienen kann. Das Training nimmt Berührungängste, vermittelt dem Anwender Sicherheit und ein Erfolgserlebnis. Wie sich herausstellte, erfordert es durchaus Geschicklichkeit, mit wenigen, richtig platzierten Sprühstößen einen Brand erfolgreich zu bekämpfen, zumal im Notfall Faktoren wie Überraschung, Angst oder Panik hinzukommen können.

Rainer Jedlitschka

Archivpädagogik

Lehrerfortbildung zu Quellen zur Zeitgeschichte in der Generaldirektion

Die Zusammenarbeit zwischen Archiven und Schulen hat Konjunktur: Angeregt durch die Reform der gymnasialen Oberstufe (Stichwort: W- und P-Seminare, d.h. wissenschaftspropädeutische Seminare und Projekt-Seminare zur Studien- und Berufsorientierung) halten Lehrer – und zwar nicht nur im Fach Geschichte – verstärkt Ausschau nach geeigneten Kooperationspartnern, und die Initiative von Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle (Stichwort: Forum Landesgeschichte) fördert bewusst Projekte mit landesgeschichtlichem Bezug.

Dieser Trend war auch spürbar, als am 2. Juli 2009 28 Gymnasiallehrerinnen und -lehrer aus dem Aufsichtsbereich des Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Oberbayern-Ost zu einer regionalen Fortbildung in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns zusammenkamen. Unter der Leitung von Dr. Silvia Wimmer (Humboldt-Gymnasium Vaterstetten), die jüngst in enger Zusammenarbeit auch mit staatlichen Archiven

das „Denkwerk“-Projekt durchgeführt hat, lernten die Teilnehmer neue archivistische Quellen zur Zeitgeschichte im Unterricht kennen. Eng an die aktuelle wissenschaftliche Forschung angelegt, präsentierte Dr. Bernhard Grau (Generaldirektion) Quellen zur Ausplünderung rassistisch, religiös und politisch Verfolgter in der NS-Zeit. Dabei wurde deutlich, welche vielfältigen Aussagen gerade über das persönliche Schicksal der Betroffenen sich aus den erst in den letzten Jahren übernommenen Steuer-, Revisions- und Entziehungsakten, aber auch aus Grundbüchern und Handelsregistern rekonstruieren lassen. Auch eignen sie sich besser für die Benützung im Unterricht als die Wiedergutmachungsakten, die mit den Bemühungen um Rückerstattung bzw. Entschädigung nach 1945 zwar auch das zuvor erlittene Unrecht dokumentieren, häufig aber noch unter die 60jährige Schutzfrist fallen. Nach gültiger Rechtslage kann eine Schutzfristverkürzung jedoch nur für Schülerprojekte mit wissenschaftlichem Anspruch in Frage kommen. Aus den Beständen des Archivs des Erzbistums für München und Freising führte daneben Dr. Roland

Götz in drei Quellengruppen ein, die – einst von Pfarrern für ihre jeweiligen Sprengel verfasst – besonders anschauliche Perspektiven auf die Kriegs- und Nachkriegszeit erlauben: die sog. Kriegs- und Einmarschberichte, die Fragebögen zur NS-Verfolgung katholischer Laien und die Seelsorgsberichte. Aufgrund der rechtlichen Selbstständigkeit der einzelnen Diözesen liegen diese Unterlagen in Bayern weder flächendeckend noch in identischer Form vor – ein Umstand, den es auch bei den Quellen aus staatlicher Provenienz zu beachten gilt. Am Beispiel der für Schülerinnen und Schüler interessanten Themen HJ und BDM stellte Elisabeth Angermair (Stadtarchiv München) äußerst anschaulich Pressefotografie als Propagandainstrument während der NS-Zeit vor.

In anschließenden Führungen durch das Bayerische Hauptstaatsarchiv (Dr. Caroline Gigl) und das Staatsarchiv München (Dr. Rainer Braun) bot sich den Teilnehmern die Gelegenheit, weitere einschlägige Bestände und nicht zuletzt die unvermeidlichen Formalitäten der Archivbenützung näher kennenzulernen. Selbst gefordert waren die Lehrer dann bei der Analyse ausgewählter Beispiele aus den zuvor vorgestellten Quellengruppen und bei deren Prüfung auf konkrete Verwendungsmöglichkeiten im Unterricht. Diese wurden insgesamt positiv beurteilt, trotz gewisser Herausforderungen, die sich etwa aus der Unverständlichkeit bürokratischer Fachtermini oder der potentiellen Strahlkraft von NS-Propagandabildern durchaus ergeben können. Bemerkenswert waren die Anregungen insbesondere zu fächerübergreifenden Projekten (etwa mit Sozialkunde oder Religion) sowie für W- und P-Seminare. Als Erfolg war diese Fortbildungsveranstaltung dabei nicht nur für die eigentliche Zielgruppe zu werten, sondern auch aus archivischer Sicht. Schließlich konnten im Vorfeld mögliche Hemmschwellen, den außerschulischen Lernort Archiv überhaupt zu nutzen, abgebaut und die Archive als kompetente Kooperationspartner der Schulen präsentiert werden. Nicht wenige Teilnehmer bekundeten auf ihren Rückmeldebögen die erfreuliche Absicht, künftig mit ihren Klassen ins Archiv kommen zu wollen. Dies und eine Fortsetzung dieser Veranstaltung – zum selben oder zu einem anderen Thema – bleibt daher dringend zu wünschen.

Michael Unger

Bad Aibling, Traunstein, Vaterstetten: Das Denkwerk-Projekt geht in die nächste Runde

Das von der Robert Bosch Stiftung geförderte Denkwerk-Projekt wendet sich unter dem Motto

„Die ersten und die letzten Tage“ an Schulen, die in Kooperation mit Universitäten und anderen Partnern die unmittelbare Übergangszeit von der NS-Herrschaft zum Neubeginn unter US-amerikanischer Besatzung 1945 untersuchen wollen. Bereits während des erfolgreich verlaufenen Pilotprojekts für den Landkreis Ebersberg waren das Bayerische Hauptstaatsarchiv und das Staatsarchiv München neben dem Münchener Institut für Bayerische Geschichte und dem Archiv des Erzbistums München und Freising als Netzwerkpartner beteiligt gewesen.



Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Bad Aibling präsentieren ihr Ausstellungsprojekt

Diese Zusammenarbeit wurde fortgesetzt, als sich unter der Projektleitung von Dr. Bettina Scherbaum Schulklassen des Gymnasiums Bad Aibling, des Humboldt-Gymnasiums Vaterstetten und des Chiemgau-Gymnasiums Traunstein für ihre Sprengel dieses Themas annahmen. Zu den bevorzugten Quellen, mit denen sich die Schüler auseinandersetzten, gehörten die als Filmkopien vorliegenden Unterlagen der amerikanischen Militärregierung in Bayern (OMGB) im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und Akten aus den Beständen des Staatsarchivs München. Herausgekommen ist dabei eine gut recherchierte und ansprechend präsentierte Ausstellung, die nicht zuletzt dank zahlreicher privater Leihgeber auch viel Überraschendes bietet. Beispielhaft sei hier auf ein bislang unbekanntes Filmdokument zum Einmarsch der US-Truppen in Traunstein verwiesen. Wer zwischen Oktober 2009 und Januar 2010 nicht den Weg zu einem der drei Ausstellungsorte findet, dem sei der reich bebilderte, teils durch ausgewiesene Historiker (und Archivare), teils durch Schüler verfasste Katalog empfohlen (Die letzten und die ersten Tage. Kriegsende und Besatzungszeit in Bad Aibling, Traunstein und Vaterstetten. Begleitpublikation zur Ausstellung gezeigt von Oktober 2009 bis Januar 2010 am Gymnasium Bad Aibling, am Humboldt-Gymnasium Vaterstetten und

am Chiemgau-Gymnasium Traunstein. Hrsg. von Bettina Scherbaum unter Mitarbeit von Britta Kägler. St. Ottilien: EOS-Klosterdruck 2009, 72 S.).

Über ihren engeren regionalen Kontext hinaus bieten diese schönen Ergebnisse vernetzten Forschens durch Schüler, Lehrer und Wissenschaftler eine wertvolle allgemenhistorische Einführung in

die Thematik und methodische Anregungen, die ähnlichen Projekten zugute kommen können. Gerade im Hinblick auf die Reform der gymnasialen Oberstufe (W- und P-Seminare) sind hier Impulse zu erwarten, die auch auf archivischer Seite zu spüren sein werden.

Michael Unger

Ausstellungen

Deutsche und russische Stadtgeschichte: Die Ausstellung „Städte im Aufbruch. München und Moskau 1812–1914“

Die jüngste Ausstellung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv setzte die bereits bewährte Zusammenarbeit der staatlichen Archive Bayerns mit

und die Durchführung des Projekts gesichert und großzügig gefördert.

Es galt, die Aufgabe zu lösen, Stadtgeschichte während des alles bewegenden 19. Jahrhunderts an den Beispielen München und Moskau darzustellen und dabei die vielen oft überraschenden Ähnlichkeiten und Parallelen herauszuarbeiten. Zugleich



Direktor des Hauptstaatsarchivs Dr. Gerhard Hetzer erläutert Anna Popova und Jurij Rosljak, Erstem Vizebürgermeister der Stadt Moskau, die Ausstellung

dem Museum für die Geschichte Moskaus fort. In den Jahren 2003/2004 und 2006 haben auf dieser Grundlage viel beachtete Präsentationen stattgefunden, nämlich zu den bayerisch-russischen Beziehungen zu Zeiten des Dichters Fjodor Tjutschew (1803–1873) und zur russischen Avantgardenkunst der 1920er Jahre. Auch diesmal hat die Bayerische Staatskanzlei das Zustandekommen

war aber auch auf die Unterschiede auf dem Weg der zweiten Metropole des russischen Reiches und der Hauptstadt des Königreiches Bayern auf dem jeweils eigenen Weg zur modernen Großstadt hinzuweisen. Diese Aufgabe wurde vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv und Stadtarchiv München gemeinsam angegangen. Somit ergab sich hier auch die Gelegenheit, über ein gemeinsames Projekt die

Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit auszuloten.

Mit rund 160 Ausstellungsstücken, und zwar vor allem mit Karten und Plänen, aber auch einigen Gegenständen der Gedenk- und Alltagskultur, wurde ein Bilderbogen entfaltet, der die wichtigsten Aspekte der Stadtentwicklung als Facetten zeigen sollte. Das Moskauer Museum stellte besonders schöne Stücke aus seinem Fundus an Stadtplänen zur Verfügung, darunter den sogenannten Weimarer Plan von 1807, der also noch das alte Moskau vor der Zerstörung von 1812 zeigt, aber auch Stadtpläne für unterschiedliche Besuchergruppen und für Verwaltungszwecke. Ein Blickfang in der Ausstellung war das Aquarell eines dreiteiligen Panoramas aus dem Jahre 1846 mit dem Blick vom Stadtzentrum samt Kreml auf die am südlichen Moskva-Ufer gelegene Vorstadt. Die Münchner Archive konnten ebenfalls auf Plan- und Fotosammlungen zurückgreifen, aber auch auf Zeichnungen, die aus Aktenzusammenhängen stammen und die konkrete Tätigkeit in Abteilungen der Stadtverwaltung oder bei der Obersten Baubehörde anschaulich machen. Dazu zählten Planungen von Straßenzügen, zum Beispiel der Maximilianstraße, ebenso wie ein Entwurf für einen Eisenbahnring zur Verkehrsentslastung oder Plansätze des vorbildlichen Münchner Schulhausbaus vor 1914. Bei den Themenbereichen ging es um Stadtplanung und Stadterweiterung, um Verkehrsangelegenheiten, von der Eisenbahn über die Straßenbahnen bis zu den Anfängen der Fliegerei, oder um Brücken über Isar und Moskva und die Korrektur der Flussläufe. Der Aufbau von Versorgungsnetzen für Frischwasser wurde ebenso angesprochen wie die Hygienemaßnahmen mit geregelter Abwasser- und Abfallbeseitigung, um einer der Hauptursachen für Epidemien entgegenzuarbeiten. Das moderne Stadtleben bedurfte neuer Energiequellen, die über Gasfabriken und Elektrizitätswerke nutzbar gemacht wurden. Polizei und Feuerwehr erhielten Organisationsformen und Alarmtechnik, um unter Großstadtbedingungen ihre Aufgaben zu erfüllen und präsent zu sein. Zugleich hatten die Stadtgemeinden alte und neue Aufgaben der Daseinsvorsorge für ihre Bürger und der Fürsorge für Kranke und Arme zu bewältigen. Schulen und Bildungsangebote für die Allgemeinheit wurden teils Pflichtaufgaben für die Stadtverwaltung in München wie in Moskau, teils wurden sie von freiwilligen Initiativen getragen, um den Bildungsidealen der Zeit näher zu kommen. Zu den Veränderungen des Alltagslebens gehörten auch die veränderten Gegebenheiten für den Einkauf auf Märkten unter

freiem Himmel und in Hallen, die in Menge und Angebot ein Großstadtpublikum versorgen konnten.

Zur Ausstellung ist als Nr. 52 der Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns ein Begleitband mit rund 180 Druckseiten erschienen, der neben einführenden Aufsätzen und den Rahmentexten für die Ausstellungskapitel sowie den Exponatbeschreibungen auch zahlreiche Exponate selbst im Originalkolorit wiedergibt (Preis: 20 Euro). Im Sommer 2010 wird die Ausstellung in den neu bezogenen, großzügigen Räumlichkeiten des Moskauer Stadtmuseums erneut zu sehen sein.

Gerhard Hetzer

Ausstellung „Goldener Löwe und weißblaue Rauten. 60 Jahre Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V.“

Mit der vom 8. bis 30. Oktober 2009 im Bayerischen Landtag sowie derzeit im Landesarchiv Speyer (9. November bis 23. Dezember 2009) präsentierten Ausstellung „Goldener Löwe und weißblaue Rauten. 60 Jahre Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V.“ wird an die Gründung des Landesverbands im Jahr 1949 erinnert. Die Ausstellung wurde durch das Bayerische Hauptstaatsarchiv gemeinsam mit dem Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V. und dem Bund der Pfalzfreunde e.V. erarbeitet und konzipiert; das Haus der Bayerischen Geschichte unterstützte das Projekt in technischer Hinsicht. Begleitend zur Ausstellung ist ein gleichnamiger Katalog erhältlich (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen Nr. 32, Preis: 5 Euro).

Im Zentrum der Ausstellung steht die unmittelbare Nachkriegszeit, in der sich Bayern mit erheblichem propagandistischen Aufwand um die Rückgewinnung der Pfalz bemühte. Diese war von 1816 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als achter Regierungsbezirk ein Teil Bayerns gewesen, wurde dann aber dem neu geschaffenen Bundesland Rheinland-Pfalz zugeschlagen. Die bayerischen Bemühungen um eine „Wiedervereinigung“ werden in der Ausstellung anhand der umfangreichen Überlieferung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs dokumentiert. Die Bayerische Staatskanzlei und führende bayerische Beamte vor allem pfälzischer Herkunft waren auch an der Gründung von Verbänden beteiligt, die sich die Rückgliederung der Pfalz auf ihre Fahnen schrieben. In der Pfalz entstand der „Bund Bayern und Pfalz“, in Bayern wurde der „Landesverband der Pfälzer im rechtsrheinischen Bayern“ (heute: „Landesverband der Pfälzer in Bayern“) gegründet. Ausgehend

vom Bayerischen Landtag, der sich intensiv mit der „Pfälzer Frage“ beschäftigte und mehrfach Pfalzreisen durchführte, entstand der „Bund der Pfälzfreunde“. Der bayerischen Propaganda blieb letztlich ein Erfolg versagt: Das im Frühjahr 1956 in der Pfalz durchgeführte Volksbegehren scheiterte deutlich. Die bayerischen Pfalzverbände, allen voran der Landesverband der Pfälzer in Bayern, blieben freilich bestehen. Der Landesverband betreibt seit den fünfziger Jahren die „Pfälzer Residenz Weinstube“ in München und widmet sich heute der Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen Bayern und der Pfalz; seit dem Jahr 1949 verfügt er mit der „Stimme der Pfalz“ (heute: „Die Pfalz“) über ein Publikationsorgan. Ein eigener Abschnitt der Ausstellung ist der Zeit nach dem Volksbegehren von 1956 vorbehalten. Auch die Geschichte der Pfalz seit dem Mittelalter wird in der Ausstellung schlaglichtartig beleuchtet, beginnend mit der Belehnung der Wittelsbacher mit der rheinischen Pfalzgrafschaft im Jahr 1214.



Die Ausstellung wurde am 7. Oktober 2009 im Bayerischen Landtag im Beisein von mehr als zweihundert Gästen durch Landtagspräsidentin Barbara Stamm eröffnet. Die Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Dr. Ksoll-Marcon, hob in ihrem Grußwort unter anderem hervor, dass der Landesverband vor mehreren Jahren seine wertvolle Altregistratur an das Bayerische Hauptstaatsarchiv übergeben hatte. Die Archivalien des Landesverbandes sind mittlerwei-

le verzeichnet und können nach Maßgabe des Bayerischen Archivgesetzes benutzt werden.

Joachim Kemper



Dr. Hans von Malottki, Erster Vorsitzender des Landesverbandes der Pfälzer in Bayern e.V., und Landtagspräsidentin Barbara Stamm

Ausstellung „Wappen – Bilder einer politischen Landschaft“ im Staatsarchiv Coburg

Mit der Ausstellung „Wappen – Bilder einer politischen Landschaft“ beteiligte sich das Staatsarchiv Coburg an der Nacht der Museen am 12. September 2009. Wappen waren ursprünglich Erkennungszeichen des bis zur Unkenntlichkeit von Helm und Rüstung bedeckten mittelalterlichen Ritters auf dem Gefechtsfeld und im protokollarisch geregelten Turnier. Mit ihren in der Abfolge, Farbe und Formgebung genau festgelegten Elementen dienten Wappen der persönlichen Identifikation des Vertreters einer Familie bzw. in Übertragung auf das Herrschaftsgebiet der Kennzeichnung eines Territoriums oder zumindest des Anspruchs auf ein Gebiet. Insofern lässt sich an Wappen eine politische Landschaft, erst recht in der territorialen Vielfalt des Alten Reiches vor 1806 studieren. Die Darstellung der wettinischen Wappen an einem zentralen Ort der Coburger Innenstadt, über den Portalen und auf den Erkern des Stadthauses, des ehemaligen Regierungsgebäudes, vom Beginn des 17. Jahrhunderts standen mit ihrer heraldischen Beschreibung und ihren historischen Inhalten im Mittelpunkt der Ausstellung. Zusammen mit dem Zeughaus, dem Standort des Staatsarchivs seit 1990, errichtete Peter Sengelaub Anfang des 17. Jahrhunderts mit dem Kanzleigebäude, dem heutigen Stadthaus, ein weiteres zentrales

Gebäude herzoglichen Herrschaftsanspruches mitten in der Residenzstadt Coburg. Die zahlreichen Wappen, die an diesem Gebäude zu sehen sind, visualisieren zum einen den tatsächlichen Besitz der Wettiner, andererseits aber auch dynastische Herrschaftsansprüche etwa bezüglich der umstrittenen Gebiete von Jülich, Kleve, Mark und Ravensberg. Mit der Darstellung des Wappens Herzog Alfreds, des zweiten Sohnes der englischen Königin Victoria, und der Erläuterung seiner heraldischen Elemente wurde die Verbindung Coburgs zu Großbritannien dokumentiert.

Die Besucher der Ausstellung im Staatsarchiv Coburg hatten Gelegenheit, der Entwicklung der Wappen vom Beginn der Frühen Neuzeit bis zur aktuellen Rechtssituation und historischen Entwicklung der kommunalen und staatlichen Heraldik in Bayern und der Bundesrepublik nachzuspüren. Bis zum 30. Oktober war die Ausstellung geöffnet und wurde von über 2.000 Personen besucht.

Horst Gehringer

Wappen: Herzogtum Sachsen, neunmal geteilt von Gold und Schwarz, belegt mit einem grünen Rautenkrauz, Coburg, Stadthaus, ehem. Kanzleigebäude, Herrngasse, 1. OG (Foto: Rainer Grimm)



Internet-Auftritt

Das virtuelle Urkundenarchiv Bayerns wächst: Neue Urkundenbestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Staatsarchivs Würzburg im Internet

Seit August 2009 stehen im „Länderportal Bayern“ des virtuellen Urkundenarchivs „Monasterium“ (www.monasterium.net; www.monasterium-bayern.net) über 13.000 Urkunden des Bayerischen Hauptstaatsarchivs sowie mehr als 5.500 Urkunden aus dem Staatsarchiv Würzburg online zur Verfügung. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv, bekanntlich eines der bedeutendsten Urkundenarchive Europas, ist somit derzeit der größte inhaltliche Beiträger (Content-Provider) bei „Monasterium“. Die wertvollen Stücke werden mit Bildern der Vorder- und Rückseite und Regesten zur Verfügung gestellt. Das virtuelle Archiv ist das Ergebnis mehrerer laufender Projekte der staatlichen Archive Bayerns. Eine erste größere Digitalisierungsaktion war im Februar 2009 beendet worden (vgl. NACHRICHTEN Nr. 56/2009, S. 16f.); ab November 2009 werden weitere Bestände eingescannt, darunter die Urkunden von Hochstift und Domkapitel Freising. In absehbarer Zeit sollen

annähernd 40.000 Urkunden des Bayerischen Hauptstaatsarchivs virtuell abrufbar sein. Als Plattform dient „Monasterium“, das mit weit mehr als 100.000 Urkunden größte Online-Urkundenarchiv Europas. Hier sind die bayerischen Urkunden zusammen mit Dokumenten aus Italien, Kroatien, Österreich, der Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn grenzüberschreitend erforschbar.

Zu den im Internet abrufbaren bayerischen Beständen zählen die Dokumente so bekannter Klöster wie z.B. Aldersbach, Raitenhaslach und Windberg, aber auch die umfangreichen Urkundenfonds von Klöstern und Stiften der Stadt Passau (Niederburg, St. Nikola). Sie werden ergänzt von Urkunden der Bistümer Brixen, Chiemsee und Salzburg, denen bald die der Bistümer Freising und Passau folgen sollen. Hinzukommen werden in absehbarer Zeit auch Urkunden des Benediktinerklosters Niederaltaich, des Zisterzienserklosters Fürstenzell, des Dominikanerinnenklosters Altenhohenau und des Birgittenklosters Altomünster. Das Staatsarchiv Würzburg präsentiert auf „Monasterium“ ausgewählte Klosterbestände aus sei-

nem Zuständigkeitsbereich. Die Urkunden des Staatsarchivs werden, da Drittmittel für die Digitalisierung bislang nicht zur Verfügung stehen, in Form von modernen Archivregesten zur Verfügung gestellt. Auch hier finden sich bekannte

geistliche Institutionen wie die berühmte Zisterze Ebrach, das Würzburger Kollegiatstift Neumünster, das Mainzer Kollegiatstift St. Alban oder das Zisterzienserinnenkloster Himmelspforten.

Joachim Kemper

Neue Veröffentlichungen

Zeitschriften

Archivalische Zeitschrift, Band 90 (2008), Köln u.a., Böhlau Verlag 2008 (ISSN 0003-9497), 296 S. – Inhaltsverzeichnis unter www.gda.bayern.de („Publikationen“).

Archive in Bayern. Aufsätze, Vorträge, Berichte, Mitteilungen, Band 5 (2009), München, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 2009 (ISSN 1618-4777), 461 S. – Inhaltsverzeichnis unter www.gda.bayern.de („Publikationen“).

Ausstellungskataloge

Städte im Aufbruch. München und Moskau 1812–1914. Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, des Stadtarchivs München und des Museums für die Geschichte Moskaus in Gesamtverantwortung der Bayerischen Staatskanzlei. München, 7.10.–27.11.2009. Bearb. von Gerhard Hetzer, Bertold Flierl, Manfred Peter Heimers, Galina Vedernikova u.a. (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 52), München 2009, ISBN 978-3-938831-17-5, 184 S., zahlreiche Abb.

Goldener Löwe und weißblaue Rauten. 60 Jahre Landesverband der Pfälzer in Bayern e.V. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, des Landesverbandes der Pfälzer in Bayern e.V. und des Bundes der Pfalzfreunde e.V. Bearbeitung und Konzeption: Joachim Kemper, Dirk Klose,

Hans von Malottki, Till Strobel u.a. (Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen 32), München 2009, ISBN 978-3-938831-13-7, 86 S., zahlreiche Abb.

Digitale Medien

Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter mit Verzeichnis der Aufbewahrungsfristen (EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis; EAPIAufbew); Stand 1.1.2010. Hrsg. vom Bayerischen Gemeindetag, Bayerischen Städtetag, Bayerischen Landkreistag und von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Staatliche Archive Bayerns – Digitale Medien 3), München 2010, ISBN 978-3-938831-04-5

Hinweise

Reinhard Heydenreuter, Wolfgang Pledl, Konrad Ackermann (Bearb.), Vom Abbrändler zum Zentgraf. Wörterbuch zur Landesgeschichte und Heimatforschung in Bayern. Hrsg. vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e.V. in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 2. Auflage, München 2009 – Bezug im Buchhandel oder über: Bayerischer Landesverein für Heimatpflege, Ludwigstr. 23 (Rückgeb.), 80539 München.

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

80501 München · Postfach 22 11 52 · Tel. (089) 28638-2482 · Fax (089) 28638-2615

E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Mitarbeiter: Dr. Christoph Bachmann M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Daniel Burger M.A. (Staatsarchiv Nürnberg). – PD Dr. Peter Fleischmann (Staatsarchiv Augsburg). – Gerhard Fürmetz M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Horst Gehringer (Staatsarchiv Coburg). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Annett Haberlah-Pohl M.A. (Staatsarchiv Nürnberg). – Dr. Ingrid Heeg-Engelhart (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Gerhard Hetzer (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Julian Holzapfl M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Nicola Humphreys M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Rainer Jedlitschka M.A. (Staatsarchiv Augsburg). – Dr. Joachim Kemper M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Florian Kislinger M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Sylvia Krauß (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Irene Meyer (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Monika Ofer (Staatsarchiv München). – Dr. Johann Pörnbacher M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Claudia Pollach (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Michael Puchta M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Gerhard Rechter (Staatsarchiv Nürnberg). – Dr. Klaus Rupprecht (Staatsarchiv Bamberg). – Dr. Maria Rita Sagstetter M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Ingrid Sauer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Lothar Saupe (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Till Strobel (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Richard Strunz (früher: Bayerische Verwaltungsschule). – Dr. Michael Unger M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Werner Wagenhöfer (Staatsarchiv Würzburg). – Dr. Monika von Walter M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Jürgen Wyschkon (Staatsarchiv Nürnberg).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721–9733

Druck: Danuvia Druckhaus Neuburg GmbH, Neuburg a.d. Donau – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Das Luftbild zeigt die Innenstadt von Laufen, eingebettet in die Salzachschleife, in der Zeit um 1970. Das Stadtbild wird dominiert von der Stiftskirche Zu Unserer Lieben Frau. In unmittelbarer Nähe liegt das Alte Rathaus, in dem ein Teil der Ausstellung „Grenzen überschreiten. Bayern und Salzburg 1810 bis 2010“ gezeigt wird.

Staatsarchiv München, Lichtbildstelle Südbayern 6–7.064 (Ausschnitt)

Vor 200 Jahren, am 23. September 1810, fiel das Erzstift Salzburg an das Königreich Bayern und blieb unter dem Namen Salzachkreis bis zum 14. April 1816 bayerisch. 1816 wurde das ehemalige Erzstift geteilt: Zu Österreich kam das heutige Bundesland Salzburg, zu Bayern der heutige Rupertiwinkel, der bis 1972 dem Landkreis Laufen entsprach und seitdem zwischen den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein geteilt ist.

Aus diesem Anlass wird vom 12. Juni bis 31. Oktober 2010 die Ausstellung

GRENZEN ÜBERSCHREITEN. Bayern und Salzburg 1810 bis 2010

in zwei Teilen in Salzburg (Salzburg Museum) und in Laufen (Altes Rathaus) gezeigt, ein Gemeinschaftsprojekt der staatlichen Archive Bayerns, des Salzburg Museums, des Salzburger Landesarchivs und der Stadt Laufen.

In Salzburg liegt der Schwerpunkt auf den Jahren 1810 bis 1816 mit Abschnitten über die handelnden Hauptpersonen wie Kaiser Napoleon, Kaiser Franz von Österreich und Kronprinz Ludwig von Bayern, die bayerische Verwaltung in Salzburg und Personen des täglichen Lebens. In Laufen werden v.a. das Leben an der Grenze, die Verkehrsgeschichte, Städte am Fluss, Salinenwesen und Salforsten, grenzüberschreitende politische Beziehungen von Parteien und Vereinen sowie Besonderheiten des Rupertiwinkels in den letzten 200 Jahren dargestellt.